

Ueber
den Zustand
des
Criminalwefens
in Teutschland
am
Anfange des 19. Jahrhunderts.

Von
Joseph Stürzer,
Doctor und Professor der Rechte in Landshut.

Landshut,
bei Philipp Krüll, Universitätsbuchhändler.

1 8 0 3.

Vor Erinnerung.

Der litterarische Versuch, den ich gegenwärtig dem Publikum vorzulegen die Ehre habe, sollte seiner Bestimmung nach nicht mehr und nicht weniger enthalten, als eine gedrängte Uebersicht von den wichtigern Lehren des peinlichen Rechts, welche — der vorzüglichen Aufmerksamkeit meiner H. H. Zuhörer

Vorerinnerung.

im hohen Grade würdig — eine ganz eigne ausführliche Behandlung in meinen Vorlesungen zu erwarten hätten.

Ich glaubte nämlich die Aufgabe, die bei der akademischen Feierlichkeit am 7. December 1802. mir gemacht war, — als Professor der Rechte meine erste öffentliche Vorlesung zu halten, — auf eine nützlichere und angenehmere Art nicht lösen zu können, als wenn ich einen Gegenstand zur Sprache brächte, der für den Rechtsgelehrten, so wie für jeden Staatsbürger, höchst interessant ist, der die Menschheit selbst und ihre heiligen Rechte zunächst und unmittelbar angeht, und dessen allbelebendes Princip dem Bürger erst seine rechtliche Existenz sichert.

Vorerinnerung.

Die Rede, die ich damals ablas, erscheint nun hiemit — geändert und erweitert — als Abhandlung vor dem Publikum.

Auf welchem Grade der Cultur steht die Wissenschaft des peinlichen Rechts? Durch welche Reformen zeichnet in dieser Hinsicht der neuere Zeitgeist sich aus? Was muß noch geleistet werden? Welche Grundsätze müssen einer richtigen Behandlung des Strafrechtes zur Grundlage dienen?

Habe ich durch die kurze Beantwortung dieser Fragen in meinen Zuhörern die Ueberzeugung von der Wichtigkeit des Studiums des Criminalrechts bewirkt, habe ich sie dadurch gehörig vorbereitet zum nützlichen Hö-

Vorerinnerung.

ren meiner Vorlesungen über diesen Gegenstand, — habe ich durch diesen Versuch zugleich gezeigt, wie sehr eine geordnete Behandlung der Strafrechtswissenschaft nach den solidesten Grundsätzen mir am Herzen liegt, und habe ich auch nur einige Punkte berührt, welche das Nachdenken größerer Männer zu wecken im Stande sind; so ist genug geschehen, und meine erste öffentliche Vorlesung hat ihren Zweck erreicht. Landshut, am 21. Febr. 1803.

Stürzer.

In keinem Theile der Wissenschaften herrscht gegenwärtig eine größere Spannung unter den Gelehrten Teutschlands, eine größere Verschiedenheit der Meinungen und Systeme, als in dem peinlichen Rechte.

Kein Gegenstand des menschlichen Wissens ist andererseits so wichtig, so unmittelbar eingreifend in die Rechte des Menschen und des Bürgers, als das peinliche Recht. Das ausgebreitete Interesse an dem Gegenstande, den dasselbe behandelt, die enge Verbindung mit der Philosophie und mit der Geschichte, die unmittelbare Beziehung auf die letzten

Zwecke, und auf die höchste Ausübung der Staatsgewalt, und die große Wichtigkeit der Angelegenheiten, die hier zur Sprache kommen, sichern diesem Zweige der Rechtswissenschaft zuverlässig den vorzüglichsten Platz auf dem Gebiete der Jurisprudenz.

Dazu kommt bei uns in Baiern noch ein besondrer Grund, welcher das Interesse an allem, was peinliches Recht, peinliche Gesetzgebung, peinliche Justiz betrifft, gar sehr erhöht.

Die trefflichen Verordnungen, die seit dem Regierungsantritte unsers weisen Churfürsten — in einem kurzen Zeitraume von nicht vollen vier Jahren — in iedem Zweige der Legislation erlassen worden sind, erregen die Bewunderung unserer teutschen Mitbürger, und haben die Aufmerksamkeit des Auslandes auf unser Vaterland auf einen sehr hohen Grad gespannt. Mit festem Muthe und mit rast-

lofer Thätigkeit verfolgt Er — der große Fürst — die durch so viele sich entgenthürmende Hindernisse so uneben gemachte Bahn zu dem großen Endzwecke, für dessen Realisirung keine Aufopferung ihm zu wichtig, keine Anstrengung zu groß, keine Mühe zu kostbar ist, zu dem Endzwecke, das Wohl der Nation für Jahrhunderte zu sichern.

Wenn es zur Erreichung dieses Zwecks in Baiern vorzügliches Bedürfnis ist, den dermal bestehenden (weder den geläuterten Grundsätzen der Vernunft, noch dem Geiste der Zeit angemessenen) Gesetzbüchern eine ganz andre Gestalt zu geben; wenn unter denselben der Strafcodex bei weitem den ersten Plaz sich eigen macht: — wer wird nicht mit wahrem, innigem Vergnügen jenes unvergleichliche Rescript vom 24. Jänner 1800. gelesen haben, in welchem ächt wissenschaftlicher Geist und eifriges Bestreben, die höchst interessante

Angelegenheit der Schaffung eines neuen Strafgesetzbuches zum dauernden Wohle des Staats auf die vollkommenste Art zu sichlichten, recht deutlich sich ausdrückt.

Der Erscheinung des Entwurfes, dessen Verfertigung dem Würzburgischen Hofrath und Professor Kleinschrod übertragen ward, mußte nun ieder Freund des Guten mit so größerer Sehnsucht entgegensehen, als Herr Verfasser unter den Criminalrechtsgelehrten Deutschlands gewiß einen nicht unbedeutenden Rang behauptet, so wie seine Verdienste, die er durch seine Entwicklung der Grundbegriffe des positiven peinlichen Rechts, durch seine Abhandlungen aus dem peinlichen Rechte und Prozesse, dann endlich durch viele im Archiv des Criminalrechts enthaltene Bearbeitungen einzelner Materien des positiven peinlichen Rechts in der gelehrten Welt sich erworben hat, seine Competenz zur Ue-

bernehmung dieser großen Arbeit allerdings zu legitimiren schienen.

Hat nun dieser Mann geleistet, was er zu leisten hatte? ist der erschienene Entwurf wirklich nach den Grundsätzen bearbeitet, nach welchen er es, als Strafgesetzbuch für Baiern, seyn muß? Kann er im Ganzen angenommen werden? und ist dieß der Fall, was muß in demselben geändert, was muß verbessert werden? Wie kann und soll diese Verbesserung überall insbesondere geschehen?

Bei den großen Fortschritten der wissenschaftlichen Untersuchungen über Strafgesetzgebung und Strafrecht in unsern Tagen ist man an eine peinliche Legislation große Forderungen zu thun berechtigt; und eine Regierung, welche — die Urtheile der Gemeinheit verschmähend — immer nach dem Höchsten zu streben zum unverbrüchlichen Gesetze sich gemacht hat, wird und kann nicht zufried-

den seyn, einen nur überhaupt guten Codex zu liefern, ihre angelegentlichste Sorge ist es, durch einen in allen Theilen guten und vortrefflichen, durch den besten, passendsten, wohlthätigsten Codex die Sicherheit und das Wohl der Bürger zu befördern.

Wenn ich ein kleines Bild des heutigen Zustandes des peinlichen Rechts in Teutschland zu zeichnen mich mühe, wenn ich auf die wohlthätigen Reformen desselben aufmerksam zu machen suche; — wenn andererseits das peinliche Gesetzbuch nach dem Zeitgeiste sich richten, und die verschiedenen Verbrechen sowohl als die Strafen nach der wohlthätigen Aufklärung des Zeitalters bestimmen muß, um den Anforderungen derienigen, die es als Gesetz erhalten, Genüge zu leisten; — so wird allerdings diese Abhandlung als Einleitung in eine kritische Beurtheilung des Kleinschrodischen Entwurfes betrachtet

werden können, und — mich durch einen geringen Beitrag an die Bemühungen derjenigen anzuschliessen, die durch ihre Bemerkungen zum Entwurfe unserm Vaterlande zu nützen suchen, ist die Absicht dieser Arbeit.

Wer den Geist des peinlichen Rechts und der peinlichen Gesetzgebung, so wie er izt ist, mit ienem des vorigen Zeitalters, selbst noch der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts, mit einem reflectirenden Blike zu vergleichen sich die Mühe giebt, der wird über die glüklichen Fortschritte der Thätigkeit unsers Zeitalters höchlich sich freuen, er wird dem Genius der Zeit danken, daß er so viel Gutes, so viel wohlthätiges Licht über einen Gegenstand verbreitete, der die Aufrechthaltung der Rechte der Menschheit, und die heiligen Verträge der bürgerlichen Gesellschaft zu seinem vor-

zöglichsten, zu seinem unmittelbaren Zwecke hat, der mit dem Interesse des Ganzen und jedes Einzelnen so innig verwebt ist.

Man hat die Auctoritäten mit Grundsätzen zu vertauschen, das positive auf allgemeine Gründe zurückzuführen, und die peinliche Rechtswissenschaft mit philosophischem Geiste zu behandeln gelernt; und welch' ausgebreiteten Ruhm, welche große Verdienste um die Cultur der Wissenschaft haben sich nicht seit einem halben Jahrhunderte die scharfsinnigsten Köpfe erworben! Wer kennt nicht einen Beccaria, Schall, Dalberg, Sonnenfels, Globig und Huster, Quistorp, Stelzer, Wieland, Soden, Klein, Kleinschrod, und vorzüglich Bergk, Feuerbach, Grolman, Harscher von Almendingen, und Tittmann?

So beruhigend, so höchst angenehm diese Bemerkung für jeden ist, dem die

Cultur des peinlichen Rechts am Herzen liegt; so wenig wird denn doch andererseits der unbefangene Beobachter, der mit einem prüfenden Blicke die Lage der Dinge, wie sie gegenwärtig ist, zu betrachten sich müht, verkennen, daß vieles, ungemein vieles noch geleistet werden müsse, wenn dieser wissenschaftliche Gegenstand auf einen etwas höhern Grad der Vollkommenheit emporgebracht werden sollte. Der große Einfluß, den die peinliche Rechtspflege auf das öffentliche Wohl so unmittelbar äußert, beweist zur Genüge die dringende Nothwendigkeit einer festen, unwandelbaren Norm, nach welcher die peinlichen Richter ihr Amt zu verwalten haben. Allein ohne große Mühe entdecken wir, daß der Willkür der Richter in keinem Zweige der Jurisprudenz so großer Spielraum gelassen ist, als in peinlichen Geschäften. Die mehrern teutschen Lande haben keine eigne Ge-

gesetzgebung über Verbrechen und Strafen, oder ihr Gesetzbuch ist nur Copie der Caroline, die denn doch als Deutschlands Gesetzbuch im 19. Jahrhunderte nicht mehr gelten sollte!

Diese beiden Reflexionen sind es, die den Gang meiner Abhandlung leiten sollen.

I. Welches sind die Vorzüge der neuern Behandlung des Criminalrechts? Was ist in den letzten Decennien geleistet worden? Auf welchem Grade der Cultur steht peinliches Recht und peinliche Gesetzgebung?

II. Welches sind die Mängel, die allenthalben noch sichtbar sind? Was muß noch geleistet werden? Wie weit sind wir noch zurück? Was ist noch zu wünschen übrig?

I. Ich glaube den izigen wohlthätigen Geist des Criminalwesens nicht besser zeich-

zeichnen zu können, als wenn ich ihn dem Geiste der Behandlung desselben im 16., 17. Jahrhunderte, und selbst noch in den ersten Decennien des 18. Jahrhunderts an die Seite stelle. Alle Verordnungen über Verbrechen und Strafen in jenen Zeiten, alle Lehren, die von den Rittern des Pandektenordens in den Schreckensbüchern damals vorgetragen wurden, haben das Gepräge, daß sie rein royalistisch, a) und auf das Landesherrliche Interesse gerichtet waren.

a) In dem Sinne des Hrn. Hofrath Harfcher von Almendingen in seiner Darstellung der Criminalgesetzgebung des republikanischen Frankreichs — in der Bibliothek für die peinliche Rechtswissenschaft und Gesezkunde — 2n Bandes 1s Stük — Göttingen, 1800. S. 25. u. folg. not. e)

Der Hauptgelichtspunkt der Strafbarkeit, den man sich bei jedem Verbrechen fixirte, war das damit verbundene Beispiel des Ungehorsams gegen die Befehle des Fürsten. Die Regierer betrachteten sich als Zweck, die Regierten aber bloß als Mittel. Daran, daß der Staat ein ehrwürdiges Institut sey und seyn müsse, — ausschließlich nur bestimmt, die Rechte der Menschen zu schützen und zu verwalten, — daran, daß das Strafrecht als eine den Staatsbürgern schuldige Pflicht ausgeübt werden müsse, dachte man nicht. Man betrachtete es als etwas Fruchtbringendes, als bloßes Recht, dessen man sich nach Belieben bedienen könne. Daher die häufigen Begnadigungen, über die in mehrern teutschen Ländern die Stände so oft sich beschwerten. Ist ja nur der Fürst beleidiget; wer anders, als er, soll verzeihen? Das Nationalwohl kömmt hier nicht zur Sprache. Ist

nur das Ansehen des Hausherrn compromittirt, wenn einer seiner Diener die schuldige Unterwürfigkeit ihm nicht bezeugt hat, so kann auch er nur beurtheilen, ob und in wie ferne er, ohne sein Ansehen auf das Spiel zu setzen, die verdiente Strafe erlassen darf. Nur gewinnen kann der Despot, wenn seine Begnadigung als Ausdruck der Großmuth dem Begnadigten und seinen Mitdienern im vollen Glanze sich darstellt. b) So dachten Teutschlands Regenten, und der Iustizmorde war kein Ende.

Daher denn auch der Grundsatz, dem man so sehr huldigte: Kein Verbrechen ohne einen Verbrecher. Mag derienige, welcher dem Tode preisgegeben wird, schuldig seyn, oder nicht; — was kümmert das den Regenten? die Forderung der Gerechtigkeit muß — sey es

b) Almendingen a. a. O. S. 15.

auch durch das Blut eines Schuldlosen -- befriediget, das Beispiel des Ungehorsams muß abschreckend für den Zuschauer gehandelt werden! Ist auch das Geständniß durch die Folter bewirkt worden, -- genug, den Formeln der Justiz ist Genüge geleistet; wer wird auf die Aussprüche der Vernunft Rücksicht nehmen! -- Daher die unmenschlichen Strafen gegen Verbrechen, die das fürstliche Interesse vorzüglich verletzen, gegen die Beleidigung der Majestät, gegen Wilddieberei u. s. w. Man schmiedete den Wilddieb auf einen lebenden Hirschen, und gab ihn seinem Schicksale preis, oder der Strang ward sein Loos; wollte man gnädig seyn, -- so wurden ihm nur die Augen ausgestochen, oder aus gar großer Milde kam er mit Castration davon.

Der Genius der Menschheit wendet sein Angesicht hinweg von diesem traurigen Bilde der Gräuel der Vorzeit!

Aber ein anders eben so charakteristisches Merkmal aller Strafverordnungen iener Zeiten ist, daß vorzüglich Religionsverbrechen und Verletzungen der Sittlichkeit hart gezüchtigt wurden. Aberglauben, blinder Religionseifer, Schwärmerei legitimirten sich beinahe in allen Gegenden Teutschlands als die höchsten Tyrannen; und wie ungeheuer ist nicht die Anzahl derer, die der Zauberei, der Kezerei, dann den sogenannten Verbrechen wider die Natur zum Opfer fielen! „Sonderbar ist es,“ sagt Montesquieu, c) „daß bei uns drei Verbrechen mit der Strafe des Feuers belegt sind, von denen erweislich wäre, daß das erste nicht existirt, das zweite unendlich viele Unterscheidungen, Auslegungen, Einschränkungen leidet, das dritte oft schwer zu entdecken ist.“

c) Geist der Gesetze -- I. 12. c. 6.

Vorzüglich war die Schlichtung der Hexenproceffe und die Verbrennung der Hexen und Zauberer die größte Beschäftigung der peinlichen Gerichte Teutschlands; und der große Streit Carpzovs mit Thomafius über die Existenz der Hexen und Zauberer wird in der Geschichte des Criminalrechts ewig merkwürdig bleiben. Wenn Carpzov auf die heilige Schrift sich beruft, die gegen Zauberer das Todesurtheil spricht, -- wenn er aus dem Naturrechte die Nothwendigkeit der Existenz der Hexen zu erweisen sucht, wenn er auf die Gesetzgebung der Heiden, auf das römische bürgerliche Recht sich stützt; so gereicht es gewiß dem rühmlichen Thomafius zur großen Ehre, daß er in einem Zeitalter, wie das Ende des 17. Jahrhunderts war, zur Tilgung des schändlichsten Aberglaubens und der krassesten Unwissenheit so mächtig hinarbeitete, daß er Sätze aufstellte, die so spre-

chende Beweise seiner hellsehenden Vernunft und seiner Menschlichkeit enthalten: -- der Teufel habe nie menschliche Gestalt angenommen oder annehmen können; noch weniger könne er Bündnisse mit den Menschen schließen; alle abentheuerliche Geschichten, die man erzähle, haben entweder in der kranken Phantasie ihrer Erzähler, oder in Betrügereien u. s. w. ihren einzigen Grund.

Um so mehr muß man staunen, wenn man im baierischen Criminalgesetzbuche vom Jahre 1751. mit dürren Worten liest: d) „1mo. öffentlich oder heimliche Bündniss, oder fleischliche Vermischung mit dem Teufel, oder dessen Anbettung wird mit dem Feuer und lebendiger Verbrennung gestraft. 2do. Böse Gemeinschaft mit dem Teufel, durch desselben prämeditirt und geflissne Beschwörungen

d) Th. I. Cap. 7. §. 7.

mit abergläubischen Ceremonien, oder da man durch zauberisch abergläubische Mittel Iemand an seinem Leben, Leibs - oder Gemüths - Gesundheit, Vieh, Früchten, Haab und Gut Schaden thut, wird ohne Unterscheid, ob der Schaden gering oder groß, mit dem Schwerdt bestraft." u. s. w.

Man sollte glauben, schon Luthers Reformation im 16. Jahrhunderte hätte die armen Weiber vom Scheiterhaufen befreien sollen. Allein nach Spittlers Bemerkung e) war es eben die Reformation, die auf das Schiksal der alten Frauen einen sehr nachtheiligen Einfluß äufserte. Der Eifer für die Ehre Gottes hatte durch die neuen Lehren selbst einen neuen Anstofs bekommen, und beide Parteien bestrebten sich zu zeigen,

e) Geschichte des Fürstenthums Hannover seit den Zeiten der Reformation. -- Th. I. Period.

daß keine der andern nachstehe. Das Räthsel, woher auf einmal so viele Hexen kämen, wufste man sich bald dadurch zu lösen, daß man lutherischer Seits zu finden glaubte, der Teufel sey durch das hellgewordene Licht der Wahrheit zum äuffersten Grimme gereizt worden, da man entgegen katholischer Seits wegen Luthers ruchlosen Lehren ohnehin den Satan auf allen Eken und Enden sah und hörte. Oft mußte sich nun der Fall ereignen, daß eine alte Frau, die sich im Besitze eines vermeintlichen Wundermittels befand, als Hexe angeklagt, und zu ihrer eignen großen Verwunderung zuletzt überführt wurde, daß sie eine Hexe sey. Weit entfernt, sich für eine Mittänzerinn auf dem Bloksberge zu halten, erfuhr das unglückliche Weib erst durch den Richter, daß die arcana, auf die sie sich so viel eingebildet hatte, Teufeleien

wären, und was am Geständnisse mangelte, vollendete die Folter.

Ganz anders der Geist der peinlichen Gesetzgebung und des peinlichen Rechts in den letzten Jahrzehnden des 18. Jahrhunderts!

Wie ein elektrischer Funke, hat Kants allwohlthätige Reform, die Geister berührt, und das Nachdenken der größten Männer Teutschlands über die wichtigste Angelegenheit des Menschen geweckt.

Folgende Punkte finds nach meiner Ueberzeugung, die den Geist des peinlichen Rechts auszeichnen.

Vollends ist man überzeugt, daß individuelle Sicherheit gegen die Willkühr des Gesetzes, und noch größere gegen die Willkühr des Machthabers die Hauptforderung des Bürgers an den Staat sey.

Ist es heilige Pflicht des Staats, dieser Primärforderung des Bürgers vollends

Genüge zu leisten, so ist damit zugleich schon ausgesprochen, daß

1) keine Handlung dem Bürger verboten werden darf, als jene, die ihm das Gesetz verbieten muß;

2) daß keine Handlung in concreto als strafbar erklärt werden darf, als die ein Gesetz in abstracto für strafbar erklärt hat; und

3) daß der Bürger nur dann gestraft werden darf, daß er aber auch dann gestraft werden muß, wenn er das Gesetz wirklich verletzt hat.

Wie wohlthätig, wie herrlich sind die Resultate hievon!

Einzig und allein damit das Recht geschehe, damit eine rechtliche Ordnung der Dinge sey, damit die Gerechtigkeit herrsche, muß jedem widerfahren, was er verdient hat. Um andere abzuschrecken, um den Verbrecher zu bessern, um künftigen Rechtsverletzungen vorzubeugen, darf

dem Verbrecher kein Haar gekrümmt, nicht das mindeste nicht verdiente Uebel zugefügt werden. Schlechterdings darf nur derjenige als Verbrecher gestraft werden, der völlig erwiesen die vom Gesetze als strafbar erklärte Handlung begangen hat. Würde der Staat, der allen, auch dem Verdächtigen, seine Rechte garantirte, eines Verdachts wegen strafen; so würde er, -- statt Schützer der Rechte zu seyn, -- selbst Verlezer der Rechte werden. Schreklicher Mißbrauch gegen den Geist der ächten peinlichen Legislation würde es seyn, wenn ie der Schuldlose das Opfer der bloßen Vermuthung werden könnte.

Nicht minder wesentlich für die Culture des peinlichen Rechts ist die Scheidung des Rechtlichen vom Moralischen, die wir großentheils den fruchtbaren Bemühungen des

Königsberger Weisen *) zu verdanken haben.

Von ieher betrachtete man das Verbrechen bloß als unmoralische Handlung, als Verletzung der Gesetze des Gewissens. Zugleich mißbrauchte man die Religion, stellte die Verbrechen als der Gottheit zugefügte Beleidigungen dar, und setzte dabei eine Menge von Handlungen in

*) Mag auch Kants System schon unter die veralteten Systeme gehören; mag es nicht nur nicht den vollen Tag gebracht, sondern ihn nicht einmal dämmernd verkündigt haben; -- geläugnet kann nicht werden, daß Er einen neuen Geist im Gebiete des Denkens erweckt, daß Er über alle Zweige des menschlichen Wissens neues Leben verbreitet hat, und daß sein Name auf dem Gebiete der Wissenschaften immer mit Ehrfurcht ausgesprochen werden wird. Man vergleiche Sochers Grundriß der Geschichte der philosophischen Systeme von den Griechen bis Kant. München, 1801.

die Rubrik von Rechtsverletzungen, um sie vermöge einer eingebildeten Stadthaltertschaft Gottes mit Strafen selbst ahnden zu können. Es ist auch die Vermengung des rechtlichen Gesichtspunktes mit dem moralischen dem gemeinen Menschenverstande so natürlich. In dem Verbrecher, den wir vor uns haben, sehen wir nicht bloß den Uebertreter der äußern Strafgesetze, sondern zugleich den bösen, und unmoralischen, mitunter wohl auch den irreligiösen Menschen. Nie urtheilen wir bloß als Bürger und als Glieder der beleidigten Gesellschaft über ihn; als Menschen richten wir am liebsten und unwiderstehlichsten über den Menschen. Bei ieder Gelegenheit, sagt Feuerbach, f) dringen sich uns die moralischen Prinzipien auf, führen uns unmittelbar auf den Standpunkt des Gewissens;

f) Revision Th. I. S. 168.

und nur anhaltende Reflexion, durch fest bestimmte Grundsätze geleitete Vernunft kann uns in die Sphäre der reinrechtlichen Beurtheilung führen und uns in derselben fest erhalten.

Es ist das vorzüglichste Verdienst der neuern Behandlung des peinlichen Rechts, daß die Grenzen zwischen moralischer und rechtlicher imputation so vortreflich gezeichnet worden sind. Nur Gott und der Verbrecher selbst mögen über die Frage entscheiden, ob und in wieferne letzterer in seinem eignen Bewußtseyn es verdiente, daß der Stab über seinem Haupte gebrochen werde; es liegt dieses über den Horizont der äußern Wahrnehmung; ieder trägt die Ueberzeugung davon in seinem eignen Herzen; er allein ist seiner moralischen Stimmung sich bewußt. Wenn die moralische Zurechnungsfähigkeit nur auf die innere Empfänglichkeit, mit der Wirkung

des Guten den reinen Willen zu verbinden, und auf die Schuld, das mögliche Gute nicht aus reiner Absicht gewirkt zu haben, sich bezieht; wenn der innre Charakter des sittlichguten, und des sittlichbösen nur in den Maximen liegt, das heist, in den Vorschriften, die die Person durch bloße Freiheit sich selbst giebt, und durch die sie entweder das Gesez des Willens, oder Lust und Unlust gegen das Gesez als Bestimmungsgrund des Entschlusses annimmt; wenn der Charakter der Moralität in die innre Stimmung der Seele allein sich verliert, so dafs durch die sittliche Schuld Menschen als Bürger nie miteinander in Berührung kommen: -- so beurtheilt entgegen die iuridische Zurechnungsfähigkeit nur die äufserre Schuld in Uebertretung des Rechtsgesezes, nur die rechtswidrige That, und die mögliche willkürliche Unterlassung der-

derselben, richtet die Handlungen der Menschen bloß nach der Wechselwirkung, in der sie als Sinnenwesen gegeneinander stehen, und es ist bloß ein forum für die äußere Rechtschuld, vor welchem das Urtheil der Verdammung oder der Losprechung über den Bürger gefällt wird. Baare Unmöglichkeit ist's, ein Tribunal für die Sittlichkeit zu errichten, und nicht anders als nichtig kann für uns Menschen der Begriff einer innern Strafgesetzgebung seyn.

Wie mächtig sind nicht die Vortheile, die aus diesen lichten Ansichten auf das ganze Feld des peinlichen Rechts sich verbreiten! Alle moralische Imputation und der ganze Unrath dieser Lehre fällt izt weg; auf keine Handlung wird mehr eine Strafe gesetzt, die bloß Sünde ist, die keinen Eingriff in die Rechte des Mitbürgers oder des Staats enthält. Man

überzeugt sich, daß der vom Staate constituirte Richter kein Gewissensrichter ist, daß Unmoralität, sittliche Schuld, u. s. w. für den Strafrichter, so wie für den Strafgesetzgeber ganz fremde Worte seyn müssen, daß es höchst gefährliche Ausschweifung in ein ganz fremdes Gebiet sey, wenn der Richter über den Menschen als Menschen urtheilen wolle. Man weiß nun nichts mehr von Verbrechen gegen Gott, und man ist vollends überzeugt, daß es grobe, rohe, nur den Völkern im Stande der Kindheit ziemende Begriffe von der Gottheit vorausseze, wenn man sich dieselbe als menschlichen Tyrannen denkt, dessen Beleidigung menschliche Rache heischt. Kein aus der Strafe zu ziehender Vortheil, kein Nebenzwek, der in den Schlangenwindungen der Glückseligkeitslehre als möglich aufgefunden wird, hat und darf izt auch nur mehr den geringsten Einfluß auf die Bestimmung des

Strafgelezes haben; und der erste Satz, der an der Stirne eines jeden Strafcodex zu stehen hat, ist: die Menschheit, als Subiect eines heiligen Gesezes, muß auch in dem verruchtesten Böfewichte geachtet werden. Keine qualificirte Todesstrafen dürfen mehr stattfinden; alle verstümmelnde Leibesstrafen, alle Mittel zur Erforschung der Wahrheit, die dem Rechtsprinzipie, die der schuldigen Achtung vor der Menschheit widersprechen, alle ehrlose Praktiken, und alles, was die Hölle Schändliches und Schauderhaftes in ihrem Schooße ausgebrütet hat, um das Menschengeschlecht zu peinigen, darf nach den neuern Reformen in den Prozeßsordnungen keinen Plaz mehr finden; und weder gegen den Angeschuldigten, noch gegen den Verurtheilten darf irgend ein Mittel angewendet werden, das mit der Achtung gegen die Menschheit sich nicht verträgt.

Dafs diese Sätze, diese Wahrheiten, die wir den Forschungen der Criminalisten zu danken haben, auf das peinliche prozessualische Verfahren, das wichtigste Verfahren, das es für den Richter geben kann, den entschiedensten wohlthätigsten Einfluß äulßern müssen, ist einleuchtend.

Der Verdächtige soll und darf nicht durch Hinterlist, die allzeit unmoralisch bleibt, nicht durch verfängliche, oder zur Sache nicht gehörige Fragen gefangen, sondern nur auf dem Wege des Rechtlichen überführt werden; keine Lebensbeichte, sondern ein Geständniß der That, welche untersucht wird, soll er ablegen. Es verträgt sich nicht mit dem Rechte, ihn über Dinge auszufragen, die gar nicht in's Rechtsgebiet einschlagen, und die ihn, gesteht er sie ein, als Niederträchtigen brandmarken. Der peinliche Inquisitor ist kein Untersucher des Unmoralischen, sondern des Widerrecht-

lichen, und er verläßt die Rechtsphäre, sobald er Iemanden auf irgend eine Weise zur Ablegung seines moralischen Glaubensbekenntnisses oder einer moralischen Beichte nöthigt. Menschenkenntniß, Gegenwart des Geistes, Achtung der Menschheit und der menschlichen Natur sind unentbehrliche Erfodernisse zu einem Criminalrichter. g)

Welche wohlthätigen Folgen für die Menschheit lassen aus diesen Reformen sich erwarten? Welche fruchtbare Ansicht gewinnt durch sie schon izt die wissenschaftliche Cultur des peinlichen Rechtes?

Wenn Hr. Kanzler Koch noch in seinen Anfangsgründen des peinlichen Rechts von 1790. vom Lebendigbegraben, von Griffen mit glühenden Zangen uns sagt,

g) Bergk Philosophie des peinlichen Rechts —
Meißen, 1802. S. 368.

wenn er in mehreren Paragraphen mit dürrer Worten lehrt: „hat der Verbrecher gar keine Hand, oder nur eine, so wird auf den Staupenschlag erkannt“ -- u. s. w. „nur die vordersten Glieder der Finger werden abgehaut“ -- u. s. w. „nur der vordere Theil der Zunge wird abgeschnitten“ u. s. w. Wenn er uns §. 128. von verschiedenen Gestalten des Zeichens erzählt, womit der Verbrecher gebrandmarkt wird an der Stirne, oder an einem andern Theile des Körpers u. s. w. -- so lehrt dagegen der hellsehende Feuerbach §. 173. (§. 147. der 2. Auflage), die Humanität lasse verstümmelnde Strafen nie mehr zur Anwendung kommen; -- und wenn Koch und Quistorp recht sinnlich uns darstellen, welche Marterinstrumente angewendet werden können, und wie sie angelegt werden sollen, der Daumenstok, die Schnüre, die spanischen Stiefeln, das Meklenburger-, dann das Bamberger-In-

strument, die Mannheimerbank, die Pommerische Müze, der Lüneburgerstuhl, der Halskragen, der Feuer Schwefel, welcher auf den entblößten ausgespannten Körper gegossen wird, die hölzerne Nadeln, die unter des Inquisiten Nägel gestochen und angezündet werden; so stellt uns dagegen der menschenfreundliche Feuerbach §. 613. einfache Grundsätze auf, wie und wann die Folter auch nach den strengsten positiven Gesetzen nur angewendet werden dürfe, so wie er die Verwerfung derselben vor dem Tribunal der Vernunft anzeigt. h) Wenn der neueste bayerische Criminalcodex vom Jahre 1751. wohl gar recht begreiflich auseinandersetzt, daß der an sich untüchtige Zeuge durch Ausstellung der Tortur zum tüchtigen Zeugen

h) Man vergl. auch Grolman's Grundsätze der Criminalrechtswissenschaft §. 671. und die folg.

umgeschaffen werde, so wollen die neuern geläuterten Grundsätze dagegen alle Tortur, Territion, Reinigungseid u. s. w. als ungerechte und unzwekmässige Mittel, die Wahrheit zu erforschen, aus der Strafgerichtsordnung ganz getilgt wissen; und wenn man ehehin von einem allgemeinen, philosophischen peinlichen Rechte gar nichts wußte, oder wenn man es für überflüssig hielt, das Strafrecht des Staats aus Prinzipien zu deduciren, einen obersten Grundsatz für dasselbe aufzustellen, und die einzelnen Sätze aus diesem Grundsatz abzuleiten, oder sie darnach zu prüfen, wenn selbst Kanzler Koch noch äußerst dürftige und mangelhafte Vorbegriffe des peinlichen Rechts aufstellt; so ist man dagegen izt in der innigen, fruchtbaren Ueberzeugung, daß man ohne Philosophie auch bei vieleähriger Erfahrung nie ein brauchbarer Jurist werden könne, daß das positive peinliche Recht den

kleinsten Theil der peinlichen Rechtswissenschaft ausmache, und daß das akademische Studium derselben höchst unbedeutend seyn würde, wenn die Wissenschaft nichts weiter in sich begriffe. Daher die großen Vorzüge der neuern Lehrbücher über peinliches Recht, vorzüglich des Grolmanischen und Feuerbachischen. Sie begnügen sich nicht damit, einen Index von Verbrechen zu liefern, bei jedem Verbrechen den gesetzlichen Begriff und die gesetzliche Strafe der peinlichen Gerichtsordnung anzuführen; sie dringen in die Natur und das Wesen jedes einzelnen Verbrechens, entwickeln die wesentlichen Merkmale, den Thatbestand desselben; prüfen die Gründe, die den Gesetzgeber veranlaßt haben möchten, gerade dieses Strafübel auf dieses Verbrechen zu setzen, vergleichen das, was gesetzlich ist, mit dem, was gesetzlich seyn sollte, was ewig gültig ist vor dem Tri-

bunal der Vernunft -- zum Behufe einer künftigen Gesetzgebung, -- und behandeln ihren Gegenstand überhaupt mit einem Geiste, der die innige Ueberzeugung allenthalben ausspricht, daß es die Haupttendenz einer jeden Gesetzgebung seyn müsse, das Rechtliche zum Gesetzlichen zu erheben, das im Codex der Vernunft gültige durch positive Sanctionen geltend zu machen; und daß ein Richter, der keine Idee von dem, was Recht ist, hat, der sein Leben am Buchstaben des Gesetzes aufzehrt, eben so wenig zu einem so wichtigen Amte im Staate tauglich sey, als derienige, der seine Willkür an die Stelle des Gesetzes eindringt.

Noch zwei vorzügliche Punkte End es, die ich zu berühren habe, die den Geist der neuesten Behandlung des peinlichen Rechts auf eine sehr vortheilhafte Art auszeichnen.

Man gieng ehehin von dem Saze aus, der an sich ganz richtig ist, von dem man aber auf ein ganz unrichtiges Resultat sich führen liefs, von dem Saze, daß die volle gesetzliche Strafe gleich sey der Totalität der im Strafgesetze vorausgesetzten Bedingungen zusammengenommen, während nur einem Theile der Bedingungen, einzeln genommen, auch nur ein Theil der angedrohten Strafe gleich ist. Hätte man daraus gefolgert, daß, wenn die gesetzlichen Bedingungen nicht vollständig vorhanden sind, auch von dem angedrohten Uebel so viel abgezogen werden müsse, als den fehlenden Bedingungen correspondire, so daß also die gesetzliche Strafe selbst in Vergleichung mit den gesetzlichen Voraussetzungen das Prinzip der zuzufügenden gelinden Strafe seyn müsse, so würde der Schluß aller-

dings rechtlich gewesen seyn. i) Allein man ließ sich zu einer Folgerung verleiten, der es an aller Consequenz fehlt, und die die unseligste Verwirrung auf das Feld des peinlichen Rechts gebracht hat, man machte den Schluß: die volle Strafe findet nur Statt gegen ienen, der des Verbrechens vollends überwiesen ist; also muß den, der nur zur Hälfte überwiesen ist, gegen den nur ein unvollkommner Beweis obwaltet, die halbe Strafe u. s. w. treffen. Man glaubte noch durch Aufstellung dieser Theorie recht menschenfreundlich zu handeln, indem die Tortur, und alle Mittel zur Erforschung der Wahrheit, welche dem Rechtsprinzipie widersprechen, nun auf einmal getilgt wären. Daher die Einführung der außerordentlichen Strafen in die peinliche Rechtswissenschaft, für welche selbst noch

i) Feuerbach Revision Th. II. §. 4.

zum Theile Kleinschrod als Vertheidiger auftritt.

Mit einer in ieder Hinsicht auffallenden Inconsequenz behauptet dieser würdige Gelehrte, k) dafs in geringern Sachen, wo nämlich von keiner Todesstrafe, oder von sonst einer schweren Strafe die Rede ist, bei unvollkommenem Beweise allerdings gestraft werden dürfe: -- gleichsam als wenn das, was an sich unrecht ist, ie recht werden könnte, gleichsam als wenn die Quantität des Strafübels am Rechte der Zufügung selbst etwas änderte. Es ist dieser Punkt neuerdings im Archiv des Criminalrechts zur Sprache gebracht worden, und unter andern hat vorzüglich

k) Abhandlungen aus dem peinlichen Rechte u. s. w. Erlangen, 1797. Th. I. Abh. 1. §. 9. S. 15. und Entwurf eines peinlichen Gesetzbuches für die baierischen Staaten -- 1802. §. 1568. §. 1631. u. s. w.

der in Leipzig privatifirende Rechtsgelehrte Bergk, der schon ehevor durch seine Anmerkungen zu Beccaria, und durch mehrere sehr gründliche Abhandlungen über Strafe und Bestrafung als einen denkenden Mann sich gezeigt hatte, und der nun durch seine Philosophie des peinlichen Rechts unsterbliche Verdienste um diesen Gegenstand als Wissenschaft sich erworben hat, vortrefliche Grundsätze hierüber aufgestellt, und den Satz recht einleuchtend gemacht, daß selbst bei dem dringendsten Verdachte nicht gestraft werden dürfe, daß der Gesetzgeber seine Würde gänzlich vergesse, wenn er Verdächtige als Schuldige behandelt wissen wolle, weil das äufsre Recht, das ihm zur Sphäre seiner Wirkksamkeit angewiesen ist, nur ein Wissen gestattet, er entgegen in seinen Handlungen mit Vermuthungen sich

begnügt. 1) -- Von eben so großer Wichtigkeit für die Cultur des peinlichen Rechts ist die genaue Bestimmung der Gränzen für den peinlichen Richter, und die Tilgung der richterlichen Willkür, des größten aller Ungeheuer im Staate. So wenig der Richter bloß als Maschine handeln, und unter dem Mechanismus des gewöhnten Handelns zum seelenlosen Balle blinder Willkür herabfincken soll; so innig muß andererseits seine Ueberzeugung seyn, daß er bloß Diener des Gesetzes sey, daß dieses für ihn die einzige unwandelbare Norm, der einzige Bestimmungsgrund seines Urtheils sey, und daß es kein Prinzip für ihn geben könne, aus welchem erst beurtheilt wer-

1) Vergl. meine Abh. über die Rücksichten, die der Gesetzgeber bei Verfassung eines neuen Strafcodex zu nehmen hat. Landshut bei Krüll, 1801. §. 17. und §. 113.

den müßte: ob das Gesetz auf den unter demselben enthaltenen Fall angewendet, oder nicht angewendet werden dürfe. Die Gesetze sollen eine rechtliche Ordnung begründen, sollen die Grenzen des Rechts und Unrechts genau bestimmen; sie sind daher schlechthin geltend; es giebt kein Strafübel ohne ein Gesetz, und selbst bei unbestimmten Strafgesetzen hat der Richter die im Gesetze allgemein bestimmten Grundsätze zum Oberflache seines Urtheils sich zu fixiren, und die vom Richter nach der gesetzlichen Norm zugefügte Strafe bleibt gesetzliche Strafe.

Sind die Kriterien der Wahrheit einer Theorie des peinlichen Rechts theils
a) negative,

1) das sie nicht über die Grenzen des äußern Rechts hinausgehe,

2) das sie nicht individuell, sondern allgemein sey,

3) das

3) daß sie sich nicht an der Persönlichkeit des Menschen vergreife;
theils b) positive,

1) Daß sie sich auf ein Princip gründe,

2) daß sie blos Handlungen, und zwar widerrechtliche Handlungen, des einen in Bezug auf den andern in Beschlag nehme,

3) daß sie allgemein sey, und weder das Recht der Gleichheit, noch der Freiheit irgend eines Unschuldigen beeinträchtige,

4) daß sie bei der Beurtheilung der Handlungen des Menschen keine andere, als äußere Merkmale für gültig anerkenne,

5) daß sie die GröÙe der Verbrechen nach der Wichtigkeit des verletzten Rechts würdige,

6) und daß sie jede Verurtheilung eines Angeklagten auf objective, und nicht bloß auf subjective Gründe stütze; entspricht nur so eine peinliche Rechtstheorie den Forderungen der Vernunft und der Gerechtigkeit, m) so dürfen wir den Genius der Zeit segnen, daß er so viel Gutes, so viel wohlthätiges auf das Feld der peinlichen Rechtswissenschaft gebracht hat, und mit Fug läßt sich behaupten, daß in Jahrhunderten ehehin so viel nicht geschehen sey, als das letzte Jahrzehend in wissenschaftlicher Hinsicht geleistet hat.

Allein ist denn damit alles geschehen? kann die peinliche Rechtswissenschaft auf einen hohen Grad der Cultur wirklich Anspruch machen? ist sie ihrer Vollendung auch nur nahe? Ich glaube nein.

II. Sehr groß ist das Feld, das noch bebauet werden muß; tief liegen die

m) Bergk a. a. O. S. 574.

Mängel, die noch gehoben werden müssen, und ich glaube den Grund davon

1) in dem Geiste der Verfassung der peinlichen Gerichte Teutschlands selbst, dann aber auch

2) in der großen Uneinigkeit, die zwischen den ersten Rechtsgelehrten Teutschlands in Hinsicht der vorzüglichern Grundsätze des peinlichen Rechts obwaltet, zu finden.

Ich will diese beiden Punkte einer nähern Prüfung unterwerfen.

1) Es giebt peinliche Richter, die von den neuern Reformen des peinlichen Rechts gar keine Kenntniß haben, die, weil das Wohnen im alten Gebäude zu sehr ihnen behagt, alles neue verabscheuen, denen Philosophie, und philosophische Grundsätze das gehässigste Ding von der Welt sind. Sie fürchten sich, von der Caroline, als ihrem einzigen Pal-

ladium auch nur eine Sylbe breit abzuweichen, und der dürre Buchstabe derselben ist die einzige Norm, nach welcher sie entscheiden. Kommen sie in die traurige Lage, daß dieses ihr Heiligthum über irgend einen Fall ihnen keine Aufklärung giebt, und verläßt sie auch ihr getreuer Führer Observantius; so wird nun das römische Recht als Entscheidungsnorme genommen, und -- vollends verlassen sind sie, wenn sie auch da die gehofte Hülfe nicht finden. Auf den höhern Standpunkt der eignen Reflexion wissen sie sich schlechterdings nicht emporzuschwingen.

Andere übergehen die peinliche Gerichtsordnung, oder das Gesetzbuch des Staats, in dessen Namen sie die richterliche Gewalt ausüben, ganz, und nur philosophische allgemeine Gründe sind's, die sie bei Entscheidung concreter Fälle beobachtet wissen wollen. Die Natur der

Sache ist ihnen der erste und letzte Entscheidungsgrund; die Caroline existirt für sie nicht; und die Grundsätze ihrer Philosophie sind das bestimmende Prinzip ihrer Urtheile; die Aussprüche ihres Orakels sind ihnen heilig.

Beide gehen offenbar zum Schaden des Ganzen zu weit.

Die ersten sind zu streng, sie vergessen, daß man den Buchstaben des Gesetzes nicht anders gehörig verstehen könne, als durch den Geist desselben, daß der Buchstabe blos Ausdruck und Verkündigung dieses Geistes seyn soll, daß nur er, dieser Geist, den todten und tödten- den Buchstaben lebendig zu machen vermögend sey, daß kein Gesetz gebieten könne, der Unmenschlichkeit zu fröhnen; sie achten die mildern Auslegungen nicht, welche von Neuern (Dank dem Genius der Menschheit und der Aufklärung!) über die peinliche Gerichtsordnung er-

schienen sind; sie entscheiden Fälle, deren das Gesez gar nicht gedenkt, im Geiste des frommzürnenden Carpzovs, (der alle Monate im Feuer der Andacht das heilige Abendmahl empfing, dabei aber, während er Adfessor war, nicht weniger, als zwanzig tausend Menschen hinrichten liefs) und sinken unter dem Mechanismus des täglichen Lebens zum feelenlosen Balle blinder Willkür herab.

Die andern überschreiten die Gränzen des ihnen angewiesnen Richteramtes, sie vergessen, das sie keine Geseze zu machen, das sie nur die bestehenden Geseze auf die vorkommenden Fälle anzuwenden haben. Sie glauben sich losgebunden von aller positiven Gesezgebung, sie declamiren aus Gründen ihrer Vernunft gegen die Todesstrafe, ohne darauf Rücksicht zu nehmen, ob dieselbe von dem Geseze sanctionirt ist, oder nicht, und erinnern sich nicht, das bei

positiven bestimmt und deutlich Sprechenden Gesetzen das Geschäft der Philosophie kein anders ist, als -- eine gehorsame Dienerin der Gesetze zu seyn. *)

Einleuchtend ist es, daß dieser Kampf streng positiver und philosophischer Grundsätze die größte Verwirrung erzeugen muß. Sollte ein concreter peinlicher Fall entschieden werden; welche Collision muß da nothwendig entstehen, wenn ein Theil des entscheidenden Gerichts frommer Anhänger der Caroline ist, der andere entgegen nur den Codez der Vernunft und der Philosophie befolgt wissen will! Es ist wahrlich Sache des Ungefährs, es ist keine unwandelbare, rechtliche Ordnung der Dinge, daß dieselbe widerrechtliche Handlung ize mit dem Leben, ize mit dem Verluste der Freiheit bestraft wird; bald wird

*) Archiv des Criminalrechts B. III. St. I.

Jemand wegen einer Beleidigung, die etwa den Menschen, aber nicht den Bürger traf, gebrandmarkt, bald wird ein anderer wegen der ärgsten Betrügereien und wegen der schändlichsten Bedrückungen, die er sich als Beamter, oder als Jurisdictionsherr zu Schulden kommen liefs, von aller Strafe befreit; der blinde Zufall scheint die hellsehende Vernunft, die Willkür scheint das bestimmte Recht gänzlich von dem Herrscherthronen herabgestossen zu haben.

Sehr erklärbar, dafs bei dieser Beschaffenheit der Dinge bei manchem Richteramte ein Angeschuldigter höchst selten mit heiler Haut davon kömmt, indess bei einem andern Gerichte alle Rechtsprüche absolutorisch ausfallen. Sehr erklärbar, dafs so oft bei Iustizcollegien auf den einseitigen Vortrag eines Beisizers, wenn die Reihe an ihn kömmt, gewöhnlich ad mortem gesprochen wird, indess

sein menschenfreundlicherer Colleg immer auf die geringste Strafe oder ad absolutionem proponirt. Auf ieden Fall ist die Gefahr für die bürgerliche Gesellschaft sehr groß, und wir sind izt ungefähr in der Lage, wie sie vor Entstehung der Caroline war.

Die Schöffenstühle hielten strenge an die vaterländischen Rechte, an die teutschen wohlhergebrachten Gewohnheiten; die Legisten und Decretisten blieben hartnäkig bei den Orakelsprüchen des römischen und kanonischen Rechts, und so stiessen immer teutsche und fremde Rechte gegeneinander; und der Reibungen war kein Ende.

Nicht minder heftig ist izt der Kampf zwischen allgemein philosophischen, und positiv gesetzlichen Grundsätzen. Die Neuern verabscheuen das Alte, und die Alten finden den Ruin des Menschengeschlechtes im Neuen.

Bedürfnis war es für das 16. Jahrhundert, eine bestimmte Vorschrift für die Verwaltung der peinlichen Justiz zu haben; Bedürfnis ist es für uns im noch höhern Grade, eine Verbesserung des peinlichen Rechts von Seite der Gesetzgebung zu erhalten.

Allein, wo soll diese Verbesserung gesucht werden?

Es ist anderswo n) hinreichend gezeigt worden, daß sich weder eine allgemeine teutsche peinliche Gesetzgebung mit Fug erwarten lasse, noch daß sie wünschenswerth sey.

Sie läßt sich nicht erwarten, theils weil die erlauchte Reichsversammlung in Regensburg, die sich mit Politik und staatsrechtlichen Gegenständen zu beschäftigen hat, kaum Zeit genug finden

n) Archiv des Criminalrechts B. III. St. 1.
Nr. 1. S. 4.

wird, um eine peinliche Gesetzgebung zu vollenden; theils weil bei der grossen Eiferfucht der Reichsstände unter sich und gegen den Kaiser, und bei der so sehr ausgebildeten Landeshoheit eine Vereinigung kaum zu hoffen ist, um so weniger, wenn man erwägt, welche ungeheure Mühe es schon am Anfange des 16. Jahrhunderts kostete, bis K. Karl der Fünfte es durchsetzte, daß seine Gerichtsordnung als gleichförmige Norm allenthalben aufgenommen ward! und noch mußte er die bekannte Klausel der Vorbehaltung der wohlhergebrachten Rechte und Gewohnheiten sich gefallen lassen.

Aber ein allgemeines teutsches peinliches Gesetzbuch ist nicht einmal wünschenswerth. Wenn es eine Wahrheit ist, die keines Beweises bedarf, daß bei ieder Gesetzgebung auf den politischen und moralischen Zustand der Nation, auf die Sitten und den Genius des

Volks, auf die Lage, das Klima, und die Religion des Landes vorzügliche Rücksicht genommen werden müsse; *) wie unendlich schwer wäre es, einen allgemeinen genauen Maasstab für die Bestrafung solcher Rechtsverletzungen zu finden, deren Strafbarkeit nach der verschiedenen, politischen, religiösen, oder physischen Lage des Landes bald gröfser, bald geringer ist! Läßt sich wohl ein Criminalcodex denken, der für alle teutsche Staaten gleich brauchbar, gleich zweckmäfsig wäre, der in so verschiedene, so heterogene Theile Einheit bringen könnte? Zuverlässig nicht; und ungleich besser wird sonach für das Wohl der teutschen Staatsbürger gesorgt werden, wenn ieder Regent mit Würde und Schwungkraft zu ienem erhabnen Zweke hinzuarbeiten sich

*) Filangieri System der Gesetzgebung. 4. B.
Anspach, 1790. S. 5.

müht, den Baierns geliebter Regent zum unverbrüchlichen, nie aus den Augen zu verlierenden Standpunkte sich gewählt hat, durch solide, für sein Volk, für die Verfassung seines Staats geeignete Gesetze die Rechte seiner Nation zu sichern.

So wahr dieses alles ist, so wenig kann denn doch andererseits gezweifelt werden, daß es in der peinlichen Gesetzgebung Teutschlands manche Punkte gebe, an deren genauen Bestimmung dem ganzen Reiche gelegen ist. Im hohen Grade wäre es zu wünschen, daß hierüber die Reichsstände sich vereinigen, und allgemein geltende gleichförmige Normen festsetzen möchten. Ich irre nicht, wenn ich folgende Aphorismen diessfalls aufstelle:

1) Gemeinschädliche Strafen müssen durch allgemeine Uebereinkunft getilgt werden. In diese

Rubrik gehört ganz vorzüglich die Landesverweisung. o)

2) Jeder Verbrecher werde nach überstandner Strafe an seinen vorigen Wohnort, oder an seinen Geburtsort abgeliefert! Es ist unstreitig die fruchtbarste Quelle von Verbrechen, wenn Sträflinge aus Zucht- und Arbeitshäusern in die weite Welt hinausgeworfen werden, ohne daß man weiter um sie sich bekümmert.

3) Es gebe nur einen competenten Gerichtsstand, ienen des Orts der begangenen That, und die Strafe von iedem Verbrechen werde da vollzogen, wo dieses verübt ward!

Warum ist man doch von dem einfachen Grundfaze des römischen Rechts

o) meine Abh. über die Rücksichten, u. s. w. §. 68. u. folg.

abgewichen: ubi quis deliquit, ibi et puniatur? Wo gedeiht die Untersuchung besser, als da, wo das Verbrechen begangen ward? Wo können die Beweise so leicht, so vortheilhaft gesammelt werden, als da, wo die Spuren der That anzutreffen sind, wo die Zeugen sich aufhalten?

Wie ungleich einfacher wird mit Anwendung dieses Grundfazes der Gang der Rechtspflege!

4) Das Gericht des Orts der begangnen That werde von allen teutschen Richtern, die da zur Beförderung der Iustizpflege beizutragen im Stande sind, kräftig unterstützt!

Die von einem Richter erlassene Steckbriefe müssen daher von allen Richtern, denen sie zukommen, seyen sie von demselben Gebiete oder nicht, befolgt werden. Dem untersuchenden Gerichte stehe es vollkommen frei, den Angeeschuldigten

auch in fremde Gebiete zu verfolgen! Der Augenschein dürfe an jedem Orte, wo es nöthig ist, eingenommen werden! Die Zeugen müssen ohne Widerrede gestellt werden! und nichts wisse man mehr von Requisitorialien, von Compafs schreiben, und von andern den Lauf des gerichtlichen Verfahrens so sehr verzögernden Förmlichkeiten!

5) Das Recht der peinlichen Gerichtsbarkeit stehe allenthalben dem Landesherrn allein in seinem Gebiete zu! Die gänzliche Vertilgung der Patrimonialgerichtsbarkeit, ich wiederhole es noch einmal, p) ist zur Vereinfachung des Rechtsganges, und zur Beförderung einer genauen, prompten Justizpflege eine überaus wünschenswerthe Sache.

6) Nichts

p) Vergl. über die Rücksichten §. 99.

6) Nichts wisse man mehr von der peinlichen Gerichtsbarkeit, die als Staatsrechtsdienftbarkeit in fremden Gebieten ausgeübt wird!

7) Wie herrlich, wie segensvoll wäre es endlich, wenn die teutschen Landesherren auf das Begnadigungsrecht, und noch weit mehr auf das verderblichste aller Rechte, auf das Abolitionsrecht, Verzicht leisteten?

Geseze, die den Charakter der Nothwendigkeit und Allgemeinheit nicht haben, tragen das Gepräge ihrer Unvollkommenheit an der Stirne; und da, wo Ausnahmen vom Geseze gemacht werden, beruht nichts auf festen Grundsätzen, nichts auf den Aussprüchen der Vernunft, der großen Gesezgeberinn, die der Gesezgeber im Staate überall vertreten sollte,

and ohne deren belebenden Hauch alles Staub und Asche ist, womit der Wind der Gewalt spielt, wie er will. Soll denn immer Ungleichheit der Geseze, soll immer ehrlose Praktik die Menschheit entehren? Soll nie das Gefühl der reinen, uneigennütigen Achtung der menschlichen Natur der herrschenden Gewalt den Vorsprung abgewinnen? „Iedes Gesez, sagt Emmanuel Sieyes, q) spricht, mittelbar oder unmittelbar, aus: Thue dem andern kein Unrecht! dem Bevorrechteten würde es sagen: Ihr dürft andern Unrecht thun! Keine Macht der Welt aber kann eine solche Begünstigung ertheilen. Ist das Gesez gut, so muß es Jedermann verpflichten; ist es schlecht, so muß es abgeschafft werden: denn es ist ein Verbrechen gegen die Freiheit; -- --

q) Von den Bevorrechteten -- 1796. in seinen Werken. B. I. Nr. 1. S. 6.

und zum Umsturze einer Gesellschaft, deren Verfassung noch so vortreflich, deren Zustand noch so glücklich wäre, bedarf es weiter nichts, als daß man die einen von Pflichten entbinde, und die andern dadurch muthlos mache."

Das sind so ungefähr die Mängel der Criminaliustiz am Anfange des 19. Jahrhunderts, die ihrer Tilgung entgegensehen; diese Verbesserungen, diese Reformen sind wesentlich nothwendig, sollte das Iustizwesen in peinlichen Sachen auf einigen Grad der Cultur sich schwingen.

2) Allein, wie viel muß noch im peinlichen Rechte selbst als Wissenschaft geleistet werden, bis auch nur von einer Annäherung zur Vollendung die Rede seyn kann?

Feuerbach hat das alte Gebäude eingestürzt; aber hat er dafür ein neues solides Gebäude aufgeführt, das haltbar an sich, und wohlthätig für die Menschheit wäre?

Unsterblich sind seine Verdienste um die Cultur des peinlichen Rechtes; aber sind wir darum am Ziele? ist auch nur in Hinsicht der ersten Grundsätze des Strafrechtes Einigkeit und Harmonie unter den Rechtsgelehrten Deutschlands?

Diese Fragen können nicht anders, als mit nein beantwortet werden, und ich halte es für wichtig, auf folgende Punkte hier aufmerksam zu machen:

Der allererste Vorwurf, der nicht ohne Fug dem peinlichen Rechte gemacht werden kann, ist, daß es auf das Prädicat Wissenschaft gegründete Ansprüche zu machen nicht befugt ist. r)

Jede Wissenschaft muß ihren genau bestimmten Gegenstand, ihr eignes Gebiet haben. Wo ist der Gegenstand, den

—
r) Tittmann über die wissenschaftliche Behandlung des peinlichen Rechts. Leipzig, 1798. §. 3. u. folg.

das peinliche Recht behandelt? Wo ist die ihm angewiesne Sphäre? Sagt man mir, das peinliche Recht sey der Inbegrif der Lehren von den Verbrechen und deren Bestrafung; so ist dieser Begriff nach der verschiednen Bedeutung, die man dem Worte Verbrechen unterlegt, bald zu weit, bald zu enge.

Soll Verbrechen (im weitern Sinne, nach der Etymologie von brechen) so viel als eine widerrechtliche, einem Strafgefeze zuwiderlaufende Handlung, und peinliches Recht so viel als Strafrecht überhaupt gelten; -- so ist diese Bestimmung für unser peinliches Recht offenbar zu weit; es bezieht sich dieses nicht auf alle gefezwidrige und strafwürdige Handlungen, sondern nur auf eine gewisse Gattung derselben. Ich kann deswegen nicht mit denen übereinstimmen, die den Namen peinliches Recht vertilgt, und dafür Strafrecht substituirt

wissen wollen, so lange nicht der Umfang des Gegenstandes erweitert wird. Legt man aber andererseits dem Ausdrucke Verbrechen einen engern Sinn unter, nach welchem es so viel als peinliches Verbrechen, das ist, als Verletzung der ursprünglichen Rechte der Bürger und des Staats gilt, so ist dieser Begriff zu enge. Peinliches Recht beschäftigt sich auch mit andern Rechtsverletzungen, die nicht in die Kategorie der Verbrechen gehören, sondern zu den Polizei- oder bürgerlichen Vergehen gerechnet werden müssen, wie die sogenannten fleischlichen Verbrechen, verbotne Spiele, Vor- und Aufkauf, Wucher u. s. w., sind. Einleuchtend ist es, daß diese mangelhafte Bestimmung des Begriffes unsers Gegenstandes auf die Grundsätze desselben sehr schädlichen Einfluß äußern müsse. So entstanden die irrigen Begriffe von Verbrechen, die nicht von eigenthümlichen

und aus der Natur der Sache hergeholten, feststehenden Merkmalen derselben hergeleitet waren, sondern nach dem einmal angenommenen Begriffe des peinlichen Rechts so lange geformt, und gemodelt wurden, bis sie auf alle in der peinlichen Rechtslehre aufzufindenden straffällige Handlungen paßten; -- so konnten selbst verdienstvolle Männer sich einfallen lassen, die Verbrechen in eigentliche und uneigentliche einzutheilen; -- so konnten mehrere andere offenbare Irrthümer nicht nur nicht verbannt, sondern mit inniger Anhänglichkeit bis auf den heutigen Tag in diesem Gegenstande beibehalten werden.

Daß die Trennung der Gerichtsbarkeit selbst, und die Bescheidung der Rechtsverletzungen bald zur hohen, bald zur niedern Jurisdiction, zu diesen Nachtheilen Anlaß gegeben habe, läßt sich nicht bezweifeln; und recht sehr wäre es

wohl zu wünschen, daß die Ausübung der Strafgerechtigkeit einem besondern, eigens dazu bestellten Gerichte, einer eignen Commission in iedem Districte übertragen würde, die sich ausschliesslich nur mit Straffachen zu beschäftigen hätte; -- recht sehr wäre es zu wünschen, daß das Criminalrecht zum Strafrecht erhoben, und daß in demselben alles das vollständig dargestellt würde, was durch Strafgesetze im Staate überhaupt begründet wird, es mag nun aus eigentlichen Criminalgesetzen, oder aus bürgerlichen, oder Polizeistrafgesetzen entspringen. Verbrechen und Polizeivergehen haben als strafbare Handlungen einen gemeinschaftlichen Charakter, durch welchen sie denn auch Gegenstand derselben Wissenschaft, die die Prinzipien der Strafbarkeit der Handlungen des Bürgers bestimmt, der Strafrechtswissenschaft werden.

Sey auch der Entstehungsgrund der polizeilichen Rechte ganz verschieden von jenem der unmittelbar aus der Menschen- natur abzuleitenden Rechte; -- es sind dieselben Grundsätze, die die Anwendung des Strafgesetzes, dieselben Grundsätze, die die Grösse der Strafbarkeit bestimmen. Soll das in der Wissenschaft getrennt werden, was der Natur der Sache nach unter denselben Grundsätzen steht? Soll nicht vielmehr das vollständige System der Strafrechtswissenschaft alle bürgerlich strafbaren Handlungen umfassen?

Allein, es ist das der minder wichtige Punkt, den ich zu berühren hatte. Das eigentliche Feld für die Verschiedenheit der Meinungen, für die Ungleichheit der Prinzipien, der eigentliche Kampfplatz für die einander entgegentretende Systeme, deren immer eins dem andern den Sieg streitig zu machen sucht, ist in der Lehre von der Natur und von den Gründen

der Strafbarkeit, von dem obersten Grundfaze des peinlichen Rechts, von der Anwendung des Strafgesetzes, von iuridischer imputation, und deren Einfluß auf die Strafbarkeit der Handlungen in concreto, vom Rechte der Milderung und Schärfung, von subiectiver Strafbarkeit. u. s. w. *)

Es ist noch kein oberstes Strafrechtsprinzip aufgefunden, es ist noch kein Prinzip aufgefunden, welches die Fälle genau und vollständig bestimmte, in denen eine Rechtsverletzung eintritt, und es ist noch oft Sache des Ungefährs, und keine unwandelbare Ordnung der Dinge, daß eine Handlung bestraft wird, und noch mehr treibt der Zufall mit dem

*) Vergl. überhaupt Turins Darstellung des Rechts peinlicher Vertheidigung. Chemnitz, 1801. S. 89. u. folg.

Maasse und der Art der Strafe sein Spiel. Möge diese Uneinigkeit in den Meinungen über die wichtigsten Gegenstände des peinlichen Rechts, diese Unbestimmtheit der Begriffe, die in diesem vorzüglichen Theile der Wissenschaften herrscht, endlich einmal getilgt, möge hier bald Frieden werden! Blicke der Streit innerhalb den Gränzen der Theorie eingeschlossen, wie bei so manchem andern Gegenstande; immerhin möchte er dann ewig seyn! Sind ja Debatten über wissenschaftliche Gegenstände, wenn wichtige Männer als Kämpfer auftreten, immer mehr zuträglich, als schädlich: allein, wenn der Streit, wie es hier ist, in die Sphäre praktischer Anwendung hindringt, wenn er auf dem Gebiete der Gesetzgebung und des Gerichts geführt wird, wo über die wichtigste Angelegenheit des Menschen hienieden entschieden wird, und wo es wahrscheinlich keine so gleich-

gültige Sache ist, die Entscheidungen nach dem Einflusse der Parteien in der Theorie beruhen zu lassen; wem wird da nicht der heisse Wunsch entquellen: Möge doch hier bald Frieden werden!

Die eine Classe von Rechtsgelehrten, wovon der würdige Professor der Rechte in Giessen, Grolman, als Chef angesehen werden kann, ist der Präventions-
theorie ergeben, und verwandelt das Strafrecht in Sicherungsrecht, die Straf-
übel in Sicherungsmittel. Der Zweck der Sicherheit fodert es, daß diese oder jene Straf-
übel angewendet werden, daß sie in ihrem Seyn und Maasse nach dem Cha-
rakter des Ungerechten, nach seinen Nei-
gungen, nach den Reizen der Umstände, der Gelegenheiten u. s. w. eingerichtet seyen, damit ihn künftig die Lust nicht mehr anwandle, ähnliche Ungerechtigkeiten auszuüben. Der Zweck der Strafe ist also nach dieser Theorie kein anderer, als

die rechtswidrige Maxime im Verbrecher zu tilgen, und der Ausführung der Drohung, die in der begangnen Rechtsverletzung liegt, vorzubeugen, oder sie unmöglich zu machen. Moralische Freiheit des verletzenden Subjects ist hier wesentliches Erfoderniß der Strafbarkeit, und die Grade der Freiheit bestimmen die Grade der Strafbarkeit.

Von ganz andern Grundsätzen geht eine andere Classe von Rechtsgelehrten unter der Fahne des berühmten Professors in Kiel, Feuerbach, aus, um das peinliche Recht durch Revision seiner Grundbegriffe und Grundsätze als Wissenschaft zu sichern.

Strafe und Bestrafung sind in ihre Würde eingesetzt; jene ist als ein vom Staate zur Verhütung der Rechtsverletzungen angedrohtes Uebel, und diese als die um der begangnen Verletzung willen notwendige Zufügung des angedrohten Ue-

bels rechtsgeltend. Durch das Gegengewicht der Strafdrohung soll die Sinnlichkeit des Verbrechers, als die Quelle des Verbrechens, unterdrückt, die Reize und illegalen Triebfedern sollen gehoben und vertilgt werden. Die Strafe wird angedroht, um alle möglichen Verbrecher von Rechtsverletzungen abzuhalten; sie wird zugefügt, um die Auctorität des Gesetzes aufrecht zu erhalten, damit die Drohung nicht Scheindrohung, nicht eitels Blendwerk sey, damit sie sich nicht selbst widerspreche.

Die Freiheit ist nach dieser Theorie von dem Felde des peinlichen Rechts vollends entfernt; war der Mensch nur in der Lage, daß der Einfluß der Vorstellung von der Strafbarkeit der That auf die Unterlassung derselben möglich war; was kümmert der Criminalrichter sich darum, ob der Inquisit mit oder ohne Freiheit handelte? Vielmehr wird

mit dem höhern Grade der Freiheit der Grad der Strafbarkeit sinken. Bloss die Grösse der Gefahr für den rechtlichen Zustand bestimmt die Grösse der Strafbarkeit.

Mit Grund läßt sich diese Theorie die Theorie der Gefährlichkeit nennen, da entgegen nach der Grolmanischen Lehre Freiheit der Willkür das erste Prinzip der subjectiven Strafbarkeit ist, mithin diese Lehre Freiheitstheorie genannt werden kann.

Eine kurze Parallele zwischen den praktischen Resultaten, die aus den beiden Lehrsystemen hervorgehen, mag uns lehren, welches dringendes Bedürfnis die Realisirung jenes frommen Wunsches sey: daß doch hier bald Frieden werden möge!

Ist das Vermögen der Freiheit Bedingung sowohl aller Strafbarkeit überhaupt, als auch zur Bestimmung der

Größe derselben, so muß nothwendig, da Freiheit ein überfinnliches Vermögen ist, an sich also nicht erkannt werden kann, die Größe und Stärke der Naturhindernisse berechnet, und nun das Facit zwischen dem Eindruck und dem Gegendruck gezogen werden.

Sind nun die Naturhindernisse, ist der Feind der freien Bestimmung zum Verbrechen stark und furchtbar, so muß die Freiheit, die ihn besiegt und niedergeschlagen hat, noch stärker und furchtbarer seyn: s) Die härtere Strafe muß also ungezweifelt den freiern Verbrecher treffen, der große Naturhindernisse, große Abrathungsgründe bei der That überwunden hat; denn eben aus diesem Siege kann auf die Größe des überwindenden Vermögens geschlossen werden.

Sezen

s) Kleinschrod Entwicklung u. f. w. Th. I.

§. 53. u. folg.

Sezen wir nun, der Richter findet im Verbrecher einen Menschen von guter Erziehung, er findet in ihm Ausbildung der höhern Geisteskräfte, und Kraft genug, um über das Verbrechen nachzudenken; doch hat er sich zum Verbrechen bestimmt! Was muß der Richter schliessen? Nach dem Freiheitsprinzipie nothwendig, daß durch diesen Zustand die Zurechnung und mit ihr die Strafbarkeit steige; denn was steht dem Verbrecher von innen mehr entgegen, als Ausbildung, und schon die frühere Grundlage zu dem Gegentheile von Verbrechen, nämlich die Erziehung! Wie groß muß also nicht die Strafbarkeit dessen seyn, der, trotz diesen Hindernissen, zum Verbrechen sich bestimmt hat! ungleich größer gewiß, als die Strafbarkeit des Menschen, in welchem wir schlechte Erziehung, Rohheit des Gemüths, Mangel an Cultur, aber

um so mehr Sinnlichkeit und thierische Natur wahrnehmen; dieser überzeugt sich weniger von der Grölse des Verbrechens, die Summe der Hindernisse gegen dasselbe ist geringer, die Freiheit ist in ihrer möglichen Kraftäufserung schwächer, die That ist seiner Natur mehr angemessen, weit leichter muß er daher zu ihr hingerissen werden können; und die Zurechnung sinkt, die Strafbarkeit fällt.

Gerade das entgegengesetzte Resultat ergiebt sich, wenn wir die Strafbarkeit nach dem Prinzipie der Gefährlichkeit, nach dem Feuerbachischen Prinzipie betrachten. Gute Erziehung, höhere Geistescultur vermindert die Strafbarkeit, das Uebergewicht der Sinnlichkeit und eines rohen Charakters erhöht sie. Einleuchtend ist es, daß der Verbrecher, in dessen Innern selbst eine feste und dauerhafte Triebfeder zum Verbrechen gegründet ist, auch der gefährlichere für die Si-

cherheit des Staats seyn müsse. Welche Triebfeder ist stärker, als das thierische Begehren, die sinnliche Rohheit im Menschen, wodurch wir durch unmittelbare Eindrücke und sinnliche Vorstellungen, ohne Dazwischenkunft des vergleichenden und wählenden Verstandes, bestimmt werden? Ist der Zweck des Strafgesetzes, alle möglichen Verbrecher von Verbrechen abzuhalten, so muß für den sinnlichen Menschen ein härteres Uebel festgesetzt werden, um einzugreifen, als für ienen, der die Sinnlichkeit der Vernunft unterzuordnen gelernt hat; und doch ist iener so frei nicht als dieser! Der gebildete Mensch sinkt nicht leicht so tief, als der ungebildete, rohe, allen äußern Eindrücken preisgegebne Mensch, in welchem keine Selbstkraft zum Guten, kein Funke himmlischen Feuers sich reget. Wird auch iener in einem unseligen Moment zu einer widerrechtlichen Handlung fort-

gerissen; sein bessrer Genius erwacht von selbst wieder, das eigne Gefühl seiner Würde bewahrt ihn vor gleichen oder ähnlichen Handlungen, und eine geringe Strafe sichert den Staat vollends, da entgegen der Rohe nicht leicht die Fesseln wieder abwirft, die ihn einmal zum Sklaven machen; -- und gleichwohl handelt iener freier, konnte freier handeln, als dieser!

Wir wollen in dieser wichtigen, für die Menschheit so interessanten Angelegenheit noch einen Schritt weiter gehen.

Es giebt Verbrecher, in welchen man eine gewisse Anlage, eine Tendenz für dieses oder ienes Verbrechen, gleichsam einen Vorschub der Natur anzunehmen befugt ist, nicht als stempelte die Natur das Kind im Mutterleibe zum Verbrecher, -- denn zum Bösen läßt sich durchaus keine ursprüngliche Anlage in der

menschlichen Natur denken, t) -- sondern weil ein Mensch, mit diesen Trieben, mit diesem Temperamente, mit dieser Organisation versehen, wenn er nicht außerordentlich über sich wacht, leicht zu Ausartungen geneigt ist, indem schon in seinem Körper gewisse Bestimmungen liegen, die dem äußern Reiz zum Verbrechen mehr Kraft geben. Ungezweifelt muß das Freiheitsprinzip eine solche natürliche Anlage als Milderungsgrund betrachten. Beim weiblichen Geschlechte z. B. hindert die Schwäche des Körpers, die Furchtsamkeit, die Lüsterheit u. s. w. die Seele in Ausführung ihrer Absichten; die Einbildungskraft überwiegt die kalte Stimme der Vernunft, die Empfindlichkeit reizt die Seele zu einer Handlung, und vergrößert die Wir-

t) Kants Theorie der moralischen Religion --
 Frankfurt und Leipzig, 1796. §. 17.

kung der Verführung u. s. w.; muß da nicht geringere Strafe eintreten, als beim männlichen Geschlechte? u)

Wie raisonnirt nun aber hierüber das Prinzip der Gefährlichkeit? Wie beurtheilt dieß den Vorschub des Temperaments, der körperlichen Organisation?

Gerade umgekehrt. Von welcher Seite erscheint der Mensch der bürgerlichen Gesellschaft gefährlicher, als von der, wo er schon von Natur, durch den Mechanismus seiner körperlichen Organisation, zu einer rechtswidrigen Handlungsweise disponirt ist? Soll das Strafübel Sicherheit und Abschreckung von der Rechtsverletzung wirken, so muß es gerade darauf seinen Accent legen; weit entfernt, dem Verbrecher hier etwas zu gute zu halten, muß die bürgerliche Gesellschaft vielmehr

u) Kleinschrod Entwicklung u. s. w. Th. I.

§. 91.

darauf bedacht seyn, daß es den Vor-
schub des Temperaments zum Verbrechen
durch das Gegengewicht der härtern Stra-
fe besiege oder schwäche. So will und
erheischt es die Natur des bürgerlichen
Strafgesetzes; und das ist denn auch ei-
gentlich die Lehre des so bekannt ge-
wordenen §. 138. und 139. des Feuerba-
chischen Lehrbuches, wo behauptet wird,
schlechte Erziehung, böses Beispiel, Schwä-
che und Stumpfheit der höhern Geistes-
kräfte erhöhen die Strafbarkeit des Ver-
brechers.

Das menschliche Gefühl empören al-
lerdings diese Sätze. Allein, einleuchtend
ist's, daß Feuerbach, um consequent zu
seyn, gar nicht anders lehren konnte. Was
wollen wir ferner dem Verbrecher aus Ge-
wohnheit für ein Urtheil fällen? Nach dem
Prinzip der Freiheit läßt er sich entschul-
digen, nach der Feuerbachischen Theorie
ist er eins der gefährlichsten Mitglieder

des Staats. Er handelt aus Instinkt, er sieht die Strafbarkeit seiner Handlungen gar nicht mehr ein; keine Hindernisse, keine Abhaltungsgründe erscheinen ihm mehr im Verbrechen; er entschließt sich zu den verbrecherischen Handlungen so leicht, daß er es selbst kaum merkt. Die Freiheit bei seiner Bestimmung zum Verbrechen ist entweder gar nicht, oder nicht merklich sichtbar, und -- offenbar kann die Strafbarkeit des Gewohnheitsverbrechers nur sehr gering seyn. Ganz anders lautet das Urtheil, das nach dem Principe der Gefährlichkeit über ihn gefällt wird. Er muß hier für sehr strafbar erklärt werden, da sich wohl kein höherer Grad von Festigkeit der sinnlichen Triebfeder denken läßt, als in demjenigen, der das Verbrechen zu begehen pflegt.

Durch denselben großen Widerstreit der Systeme zeichnet sich die Lehre von

den Milderungsgründen überhaupt aus. Jedes Strafgefez nimmt nach Grolman, Kleinschrod, Klein u. f. w. bei Bestimmung der Strafe auf eine gewisse Art und auf einen gewissen Grad der Willensbestimmung Rücksicht; ist nun dieser Grad in concreto nicht vorhanden, zeigt sich eine besonders gute Absicht bei der That, oder kömmt hohes Alter des Verbrechers, Verführung, Schwäche des Verstandes u. f. w. zur Sprache; so kann der Richter unmöglich die volle Strafe des Gesezes anwenden. Nach Feuerbach x) kömmt schlechterdings dem Richter so ein Milderungsrecht nicht zu, und Anwendung einer gelindern Strafe, als die gesetzliche ist, widerspricht dem Begrife des bestimmten Strafgefezes, dem Wesen der richterlichen Gewalt, und den positiven Gesezen.

x) Revision Th. I. 3 u. 4. Kapitel.

Noch wichtiger ist der Streit über die große Frage: ob gegen denjenigen, der im dringenden Verdachte steht, ein Verbrechen begangen zu haben, Sicherheitsmittel angewendet werden dürfen, oder nicht? Nach der Präventionstheorie sind die Strafen selbst nichts anders, als Sicherungsmittel, und da dem einzelnen Menschen, ehe er in den Staat tritt, das Recht zusteht, durch Zwang den fernern Beeinträchtigungen anderer schon dann zuvorzukommen, wenn er von einer schon geschehenen Verletzung moralische Gewissheit hat, so kann auch der Staat, wenn das eherne Gesetz der Nothwendigkeit es gebietet, schon auf dringenden Verdacht, daß der Angeschuldigte das Verbrechen begangen habe, selbst gewaltsame Sicherungsmittel verhängen. Es ist besser, daß ein Mensch umkomme, als daß das ganze Volk verderbe!

Nach dem Systeme der absoluten Strafbarkeit ist jedes Sicherheitsmittel, das eines Verdachts wegen vom Verdächtigen gefodert würde, als rechtswidrig zu verwerfen; und Niemanden darf im Staate ein Recht abgesprochen werden, wenn er nicht einen vollkommenen Beweis seines Unrechts gegen sich hat. Es ist besser, daß der Schuldige ungestraft bleibe, als daß der Unschuldige bestraft werde! y) Durch Anwendung eines jeden, vorzüglich eines gewaltsamen Sicherheitsmittels wird das Recht der Persönlichkeit, und dazu noch das Recht auf guten Namen verletzt, das jedem Bürger im Staate heilig seyn muß; und nur dem Namen nach unterscheiden sich diese

y) Zachariä Beantwortung der Preisfrage u. s.

w. im Archiv des Criminalrechts -- B. 3. St.

4. Nr. 1.

sogenannten Sicherungsübel von den Strafübeln.

Ich könnte diese Parallele hier noch weiter verfolgen, wäre nicht das, was ich zu erweisen suchte, ohnehin zur Genüge erwiesen, nämlich daß die Resultate der Präventionstheorie ienen des Feuerbachischen Systems ganz entgegengesetzt sind; daß der Defensor sich gleichsam zu bemühen hat, dem Richter abzulauern, nach welchem Prinzipie er die Strafbarkeit des Inquisiten, falls er eine im Geetze nicht genau bestimmte Strafe verhängen darf, zu beurtheilen gewohnt oder geneigt sey; daß sohin eine große Reform in Hinsicht der Grundbegriffe des peinlichen Rechts äußerstes Bedürfnis ist; und daß es wohl die vorzüglichste Tendenz der Bemühungen der Rechtsgelehrten Deutschlands seyn muß, in dieser wichtigen Angelegenheit einen Friedenszustand zu bewirken, dessen Bedingun-

gen, -- aus der Natur des Wahren und Rechtmässigen hergeholt, -- der richterlichen Willkür schlechterdings keinen Spielraum lassen.

Ich frage nämlich ieden, der die unendliche Wichtigkeit der Criminalgerechtigkeit für das Wohl der bürgerlichen Gesellschaft kennt, ist es bedeutend oder unbedeutend für die Rechte und Pflichten der Gesetzgebung, für die letzte Hoffnung des Angeeschuldigten, nämlich die Wirksamkeit seiner Vertheidigung und ihre nothwendige Garantie durch den Staat, welches von beiden Prinzipien man der Beurtheilung der Strafbarkeit zum Grunde legen wolle? Ist die Gefahr, die aus dieser so verschiednen Ansicht der Dinge, aus diesem Gegeneinanderstreben der Hauptgrundsätze hervorgeht, nicht eben so groß, als iene der Vorzeit war, nach grausamen Gesetzen beurtheilt, und durch Tortur zum Geständnisse ge-

bracht, oder widerrechtlich dem Tode preisgegeben zu werden? Ist sie nicht wohl gar gröfser, da man vor ihr sicherer zu seyn glaubt? Soll denn etwa der Angeschuldigte im finstern Kerker, wo er nach der in Teutschland üblichen Einrichtung nichts als Tod und Verderben vor sich sieht, wo er keines erleuchtenden Licht-, keines erwärmenden Sonnenstrahles, keiner reinen Luft, keines ruhigen Schlafes geniefst, soll er da erst abwarten, bis der Richter und Defensor sich über die Wahrheit ihrer Systeme vereinigt, und miteinander festgesetzt haben, nach welchem Maasstabe Rechtsläsionen beurtheilt werden sollen?

Daß doch der Genius der Menschheit diese Uebel tilgen möge! Daß doch hier bald Frieden werden möge!

Als Präliminarien zu diesem wichtigen Frieden wage ich es, folgende Sätze noch aufzustellen.

I. Sollte es ein Recht geben, den Bürger sinnliche Uebel, sinnlichen Schmerz als Strafe empfinden zu lassen; so muß die Strafe um eines von der Vernunft vorgestellten und im Staate garantirten allgemein verbindlichen Zweckes willen gelten, d. i. das Recht zu Strafen kann sich nur auf die von der Vernunft aufgelegte Verbindlichkeit zu strafen, und auf einen nothwendigen unerläßlichen Zweck gründen, dessen Realisirung den Charakter der Verbindlichkeit hat.

II. Die Verbindlichkeit, die die Vernunft und der Staatszweck auflegt, ist,

a) daß keine Verbrechen geschehen; allein das ist Zweck aller Einrichtungen im Staate. Alle Störungen der Sicherheit abzuwehren, und die Rechte

Aller zu schützen, das ist das einzige Streben der Staatsgewalt.

b) daß die begangnen Verbrechen, so viel als möglich ist, als rechtlich ungeschehen betrachtet werden können, d. i. daß die verletzte Gleichheit wieder hergestellt werde. Das kann einzig und allein durch Strafe geschehen.

III. Der Rechtsgrund der Strafe liegt in der Verbindlichkeit zur Wiederherstellung des durch das rechtliche Uebel verletzten Gleichgewichts zwischen dem Verlezer, und der verletzten Gesellschaft, dadurch, daß die Schuld wieder getilgt, und die gestörte Harmonie im Reiche sinnlich vernünftiger Wesen wieder bewirkt werde. Das Recht soll durchgängig herrschen! Jeder, der ein rechtliches Uebel gethan hat, soll ein physisches

sisches Uebel leiden! Dieß fodert die Gerechtigkeit, und Befriedigung der äufsern Gerechtigkeit ist der einzige rechtliche Zwek der iuridischen Strafen.

III. Das Strafrecht wurzelt ausschließlich nur in der Vergangenheit. Die Strafgerichtigkeit kann und darf nicht auf irgend eine Vorlage in Zukunft bezogen werden.

Könnte man

1) mit Grolman das Strafrecht mit dem Präventionsrechte für eins und dasselbe annehmen; so müßte alles Zwangsrecht und dessen Anwendung auf dem Grunde der Wahrscheinlichkeit blos beruhen, und der Staat müßte ein Recht ausüben dürfen, von dem er nicht gewiß weiß, ob sein Rechtsgrund existire; die Strafgesetzgebung würde unter dieser Voraussetzung eine Chi-

märe, und der Criminalcodex wäre ein Luftgebäude, ein Ding ohne Sinn und Bedeutung. Oder wenn die Strafbarkeit ieder concreten Handlung erst nach der Gefahr vor der Zukunft vom Richter bestimmt werden muß, wenn der Grad der Gefahr bei einer und derselben Art von Handlungen in ieder individuellen Handlung besonders modificirt ist; ist es denn zu begreifen, wie nach diesem Prinzipie bestimmte Strafgesetze als möglich gedacht werden können?

2) Könnte aber andererseits mit Feuerbach das Wesen des Strafgesetzes in die Bestimmung aller Bürger zur Unterlassung rechtswidriger Handlungen gesetzt werden; sein Charakter wäre dann vernichtet, und das Strafgesetz würde eins und dasselbe mit dem Rechtsgesetze seyn.

Ich halte es der Mühe werth, über diesen Punkt näher mich zu erklären.

1) Der Zweck von jedem äußern Rechtsgefeze im Staate ist kein andrer, als jedem Bürger die Zwangsverbindlichkeit aufzulegen, innerhalb der ihm angewiesenen Freiheitsphäre zu bleiben, und die Sicherheit der Rechte seiner Mitbürger nicht zu stören. Seine eigene Sicherheit ist bedingt durch die Heilighaltung der Sicherheit der Rechte der ihm in derselben Gesellschaft coexistirenden Menschen.

Rechtsverletzungen zu verhüten und jedem den ihm bestimmten Wirkungskreis auf die bestmögliche Art zu schützen, darum werden Geseze gegeben.

Dieß hat das Strafgesez, -- als Ge-
sez, -- gemein mit jedem äußern Rechts-
gefeze; allein wäre diese Beziehung die
wesentliche, die es hat; wo läge dann
sein eigener spezifiker Charakter als Straf-

gefez? Ganz überflüssig wäre es, selbes in eine eigne Rubrik zu sezen. Möglich immer, daß die Strafe als ppsychologischer Zwang den allgemeinen Zwek aller Ge-
seze, daß Rechtsverletzungen nicht ge-
schehen, mitbefördere. Allein diese Mit-
beförderung kann darum nicht Berechti-
gungsgrund, nicht constitutives Prinzip
der Strafe heißen. Der Zwek der Klug-
heit kann erst gedacht werden, wenn die
Gerechtigkeit der Strafe als rechtlich
nothwendig an und für sich entschieden
ist; und das Strafgefez muß denn doch
etwas charakteristisches an sich haben.

2) Damit das Recht im Staate herr-
sche, muß die Gesetzgebung bestimmen,
was der Bürger zu thun, was er zu un-
terlassen habe, um ein rechtlicher Bür-
ger zu seyn, -- äußers Rechtsgefez
im allgemeinen.

Allein wenn er denn das doch nicht thut,
oder unterläßt, wenn er durch alle ange-

wendeten Mittel der Staatsgewalt an der Nichtbeobachtung des Gesetzes nicht gehindert werden konnte, so muß die Gesetzgebung, um vollständig zu seyn, zugleich bestimmen, was der widerrechtliche Bürger zur Wiederherstellung des Rechts zu leiden habe. Das erst ist iener Theil der Staatsgesetzgebung, der die öffentliche Criminalgesetzgebung heisst, deren Inhalt Straf- und Criminalgesetze sind.

Zwar ist allerdings die zu bestrafende Handlung eine rechtswidrige Handlung; allein das Verbot liegt im Rechtsgeetze, nur die Bestimmung der Strafe liegt im Strafgeetze. Im Rechtsgeetze sagt der Gesetzgeber: „so dürft ihr handeln; so dürft ihr nicht handeln; so müßt ihr handeln!“ im Strafgeetze erklärt er: „so sollt ihr gestraft werden, wenn ihr dem Rechtsgeetze zuwider gehandelt habet.“

Ein ganz anderer Zweck ist's, Rechtsverletzungen zu verhüten, ein anderer,

dieselben, wenn sie nicht verhütet werden konnten, zu bestrafen. Iener ist früher, dieser später. Iener ist der absolute Zweck aller Einrichtungen, aller Maasregeln des Staats; dieser ist der eigene spezifische Zweck des Strafrechts.

Allerdings mag die Furcht vor dem angedrohten sinnlichen Uebel die Lust zum rechtlichen Uebel in dem Menschen tilgen; allein kann dann diese schwankende, ungewisse Wirkung als Rechtsgrund der Bestrafung gelten? Wie wenn der Reiz zum Verbrechen weit heftiger ist, als das er durch die Vorstellung der größten Marter unterdrückt werden könnte; hört denn icht die Wirksamkeit des Strafgesetzes auf? Gewiss nicht; icht tritt eigentlich erst Strafe ein; icht erst, da alles, was der Staat gethan hatte, fruchtlos blieb, äussert das Strafgesetz seine Kraft. Wo die Wirksamkeit des Rechtsgesetzes

wegfällt, tritt eigentlich erst die Energie des Strafgesetzes ein.

Was die Strafe bezweckt, das muß sie stets erreichen; dieß Erreichbare liegt in der rechtlichen Ausgleichung, und diese Wirkung ist von der Willkür des Bürgers ganz unabhängig. Ob die vorläufige Vorstellung des Strafübels wirkt, und was sie wirkt, das läßt die Gerechtigkeit als Gerechtigkeit ganz dahin gestellt.

3) Strafen unmöglich machen wollen durch Strafen, ist ein physischer und moralischer Widerspruch; keine Wirkung hebt sich selbst auf, kein Mittel führt zu einem ganz entgegengesetzten Zwecke. Strafe und Strafzweck sollen ja wohl im Staate ganz unnöthig werden, und mit angestrengter Kraftäufserung soll der weise Regent dahin arbeiten, um sie unnöthig zu machen. Allein, nicht durch Androhung von Uebeln selbst gelangen wir dahin (die aller-

schmerzlichsten Uebel müßten sonst immer angedroht werden), sondern durch die höhere Cultur der Menschheit, durch rastloses Bestreben des Staatsherrschers, herrschende Mißbräuche zu tilgen, gefährliche Mängel zu verbessern, und die Quellen der Verbrechen zu verstopfen.

Dringt man noch tiefer in den Inhalt und das Wesen der Feuerbachischen Theorie, so wird man vollends überzeugt, daß Feuerbachs Deduction auf den Namen einer rechtlichen Deduction gar nicht einmal gegründete Ansprüche machen könne. Denn

4) die bloße Tauglichkeit und Dienlichkeit eines Mittels zur Realisirung eines Zwekes ist noch kein Rechtstitel für dessen Anwendung. Oder wo ist die Consequenz in dem Schlusse: Ein sinnliches Uebel in der Vorstellung ist vielleicht tauglich, um den sinnli-

chen Menschen zur Unterdrückung der Lust an Rechtsverletzungen zu bestimmen, wenn er der Zufügung derselben auf den Fall versichert ist, da er der Vorstellung kein Gehör gegeben hat; also ist es auch gerecht, ihm jenes sinnliche Leiden wirklich anzuthun, obschon er durch seine That erwiesen hat, daß die Vorstellung desselben fruchtlos gewesen sey?

Freilich leitet Feuerbach das Recht der Anwendung sinnlicher Uebel aus dem Rechte des Staats ab, überhaupt zur Einrichtung eines rechtlichen Zustandes, zum Schutze der wechselseitigen Freiheit Aller Anstalten zu treffen, durch welche Rechtsverletzungen unmöglich gemacht werden. Allein, kann man denn nicht mit demselben Rechte mit Grolman sagen: Durch das Verbrechen zeigt der Mensch, daß er geneigt sey, dem Gesetze entgegenzuhandeln; sinnlicher Schmerz ist im

Stande, diese Neigung für die Zukunft zu unterdrücken, und die Ausführung der Drohung, die im begangnen Verbrechen enthalten ist, unmöglich zu machen; also giebt es ein Recht, so einen sinnlichen Schmerz wirklich zuzufügen?

Kann man nicht mit demselben Rechte mit Klein sagen: Durch jedes Verbrechen eines Bürgers entsteht ein Reiz in den Mitbürgern, dasselbe Verbrechen zu begehen; das sinnliche Uebel ist im Stande, diesen Reiz zu heben, und den bewirkten Schaden gut zu machen; also giebt es ein Recht, dem Verbrecher sinnliche Uebel wirklich zuzufügen?

Kurz, alle Strafrechtstheorien, selbst die Abschreckungs - selbst die Besserungstheorie lassen sich vertheidigen, und leicht ist die Rechtfertigung aller Grausamkeiten, die ie unter dem Scheine des Rechtes verübt worden sind, wenn Tauglichkeit

des Mittels zum Zwecke auch schon die Rechtmäßigkeit von ienem erweist.

Volle Gültigkeit hätte nun auch der Schluss: je größer und grausamer das Uebel ist, desto sicherer ist die Verhütung des Verbrechens, z) -- ein Schluss, der nothwendig die fruchtbarste Quelle aller Barbarei seyn, und der Willkür, dem schrecklichsten aller Ungeheuer im Staate, Thür und Thor öffnen muß, ein Schluss, dem man, leider! in der Vorzeit nur zu sehr gehuldigt hat. Wird die Strafe dadurch gerecht, daß sie angedroht war, so fallen nothwendig alle Schranken der Gesetzgebung weg, alles das, was das Rechtsgefez im Staate über die Gränzen des rechtlichen Zwangs verfügt, kann durch das willkürliche Factum der An-

z) Thibaut Beiträge zur Critik der Feuerbachischen Theorie u. f. w. -- Hamburg, 1802.

drohung umgangen werden; das allergrößte sinnliche Uebel kann dem leichtsinnigen Begeher des allergeringsten Verbrechens angedroht werden; und mit Unrecht beschwert man sich über die Härte des noch bestehenden baierischen Criminalcodex, wenn er den Ehebrechern, oder den Dieben mit dem Tode droht, und die nothwendige Proportion zwischen Verbrechen und Strafen gar nicht berücksichtigt. Der Dieb hat ja gewulst, daß er, z. B. würde er auf dreimale mehr als 30 kr. stehlen, sein Vergehen mit dem Tode büßen werde, er hat die Bedingung eingegangen; der Rechtsgrund der Drohung gieng voraus, und die Zufügung ist gerecht, weil es dem Gesetzgeber gefiel, gerade dieses Uebel, und kein geringers auf diese Rechtsverletzung zu setzen. Bin ich ja berechtigt, jede Handlung, zu welcher der andere gegen mich kein Recht hat, willkürlich zu bedingen, d. h.

etwas beliebig festzusetzen, ohne welches diese Handlung nicht geschehen soll. a)

Fragt man, worin der Rechtsgrund der Androhung liege? so ist die Antwort keine andre, als diese: die Androhung dieses Uebels ist vielleicht tauglich, von diesem Verbrechen abzuschrecken, und sohin die Rechtsicherheit aufrecht zu halten; wer wird uns also die Befugniss nehmen, das Uebel anzudrohen? Wer wird euch, sage ich entgegen, die Befugniss geben zu allen ienen Grausamkeiten, die unmittelbar das Resultat von diesen euern gefährlichen Grundsätzen seyn müssen? Wer berechtigt euch, die heilige Gerechtigkeit zur Dienerinn der Politik

a) Feuerbach über die Strafe als Sicherungsmittel u. s. w. Chemnitz, 1800. S. 100. und Grolman über die Begründung des Strafrechts u. s. w. Gießen, 1799. S. 14. u. folg.

herabzuwürdigen? Ist nun nicht alles recht, was eurer Willkür zu thun beliebt, wenn es euch nur zu irgend einem Zweke führt?

Oder kann nicht auch mit demselben Fuge Abschreckung Andrer vom Verbrechen als Fundamentalgrund der Strafe aufgestellt werden? und wird nicht überhaupt iener pharisäische Wahlspruch wieder in seine Würde eingesetzt: es ist besser, daß einer vom Volke sterbe, als daß das ganze Volk zu Grunde gehe?

Die Allgemeingültigkeit der Criminalgesetzgebung, die Grenzbestimmung der richterlichen Gewalt, und alles Recht geht unter diesen Voraussetzungen zu Grunde.

5) Weit ehrwürdiger muß dem Staatsbürger die Criminalgesetzgebung erscheinen, wenn ihm die Form des Gesetzes schon ankündigt, die Strafe sey unmittelbare Folge der Rechtsverle-

zung, als wenn er auf die Vermuthung geleitet wird, die Drohung der Strafe bezwecke nur, ihn von der Handlung abzuhalten, diese könne doch wohl an sich erlaubt seyn. Jede Staatshandlung muß mit Würde und Schwungkraft geschehen; das Strafgesetz vorzüglich muß in einer Form sich ankünden, welche jeden überzeugt, daß die Strafe auf keinem Fundamente irgend einer Willkür beruhe! b)

V. Jeder Zweck des Strafgesetzes außer dem der Ausgleichung der begangenen Verbrechen kann nur als Nebenzweck, nur dann als rechtlich erlaubt angesehen werden, wenn er der Natur des Hauptzwekes nicht widerspricht.

b) Turins Recht peinlicher Vertheidigung, u. s. w. S. 254. u. folg.

Es ist wahrlich eine vortrefliche Einrichtung in der menschlichen Natur, daß die Gerechtigkeit hier auf eine vorzügliche Art der Klugkeit die Hände bietet.

Allerdings kann die vorgesehene Verbindlichkeit zur Herstellung des gestörten Gleichgewichts den Bürger zur Unterlassung bestimmen; es läßt sich diese Bestimmung aus der psychologischen Wirkung der Strafe als eines sinnlichen Uebels erklären.

Auch darf und soll der Staat immer die Strafübel nach wohlthätigen Absichten in Hinsicht der Form so einrichten, daß politische Besserung des Bestraften bezweckt, und zugleich Furcht und bleibender Eindruck in den Gemüthern Anderer erweckt werde. Der Staat darf und soll die weise Einrichtung der menschlichen Natur benützen, und er benützt sie wirklich durch Publikation seiner Strafgesetze, durch

durch öffentliche Vollziehung der Strafe, und durch kluge Auswahl der Uebel; allein Verletzung des Hauptzwekes soll nicht dadurch entstehen, die Klugheit darf der Gerechtigkeit den Vorsprung nicht abgewinnen wollen, die Criminalgesetze müssen für sich, ohne alle Rücksicht auf Nebenzwecke, geltend seyn, und die Strafgesetzgebung muß überall das Gepräge der Selbstständigkeit, und Allgemeingültigkeit an sich tragen! Ueberhaupt soll allerdings der Herrscher solche Uebel wählen, durch welche er sich und die Rechte Aller sichert, und durch welche der Verbrecher selbst außer Stand zu Schaden gesetzt wird; allein eine Strafe verhängen, die nicht verhängt werden dürfte, wenn der Staat auf eine andre Art sich zu helfen wüßte, das ist Sache der Willkür, und kann schlechterdings durch nichts gerechtfertigt werden.

Wer wird, wer kann es über sich nehmen, den §. 129. des Entwurfes eines peinlichen Gesetzbuches von dem in ieder Hinsicht so verehrungswürdigen Hofrath Kleinschrod zu vertheidigen, in welchem das Recht der Todesstrafe von einer Hypothese abhängig gemacht wird, die das Recht selbst aufhebt?

Das Recht soll durchgängig herrschen, und ieder Verbrecher muß bestraft werden, weil er ein Verbrechen begangen hat, und es muß ihn gerade diese Strafe treffen, weil das Recht zu strafen mit der Verbindlichkeit zu strafen innig verwebt ist. Dieß fodert die Gerechtigkeit, welche jede iuridische Schuld durch sinnliches Uebel getilgt wissen will; und da diese Foderung der Gerechtigkeit ein kategorischer Imperativ ist, welchen sie an die öffentliche Gesetzgebung ergehen läßt, so ist sie der oberste Strafzwek; alles, was ihren Anfoderungen entgegen ist,

taugt nichts, und ohne Befriedigung ihrer Ansprüche handelt der Staat eben so widerrechtlich als unmoralisch; er erniedrigt den Menschen zum Mittel, ob er gleich Selbstzwek ist, und also nie als etwas anders angesehen werden kann, was bloß Mittel zu etwas, und nicht zugleich Zwek ist. Dagegen würdigt das von Kleinschrod aufgestellte Gesez der Todesstrafe die Gerechtigkeit herab, macht das Unrecht gesezlich, und giebt das Menschengeschlecht dem gesezlich gemachten Unrechte zur Beute hin.

Hätte überhaupt Hr. Hofrath Kleinschrod vorerst Grundsäze aufgestellt, um sich bei der Ausarbeitung des Entwurfes an dieselben halten zu können; zuverlässig würde die Arbeit des würdigen Gelehrten ganz anders ausgefallen seyn, als sie es wirklich ist. Um den Foderungen der Gerechtigkeit Genüge zu leisten, muß der Gesezgeber von Grundsäzen sich

leiten lassen. Ohne sie findet der forschende Geist die Einheit des Standpunktes nicht, die er sucht; und nur durch Einheit wird das Recht in seiner ursprünglichen Quelle erforscht; nur durch sie kann die rechtliche Ordnung, das Ziel der Wirksamkeit des Gesetzgebers, nach ächten allgemeingültigen Grundsätzen construirt werden.

Allein von welchem Grundlaze geht dann der Kleinschrodische Entwurf aus? Nach meiner Ueberzeugung muß diese Frage in ieder kritischen Beurtheilung zum ersten Augenmerke gemacht werden. Alle Bemerkungen über einzelne Stellen müssen nothwendig einseitig seyn, wenn nicht vorerst auf den Geist, der das Ganze belebt, die vorzüglichste Rücksicht genommen, wenn nicht der Standpunkt fixirt wird, von welchem der Verfasser ausgieng.

Ich vermag es nicht, einen Grundsatz in dem Entwurfe aufzufinden, an welchen der Verfasser sich bestimmt gehalten hätte. Daher die allenthalben sichtbaren Inconsequenzen; daher der Mangel an Präcision; daher die unbestimmten vagen Begriffe, die auf allen Seiten sichtbar sind; daher die so häufige Hererzählung von einzelnen Fällen, anstatt daß alle, die unter eine Gattung gehören, auch unter einem einzigen hellen Gesichtspunkte vereinigt wären; daher das Unverständliche, das Weitschichtige, das Wässerigte, oder das im zerhakten Kanzleistyle Vorgetragene, das überall sichtbar ist, wo auch der stärkste Athem kein Ende der immer verwikelten Perioden zu finden vermag, und wo oft 6 auch 7 Paragraphen eine einzige Periode ausmachen; daher die so widrigen Eindruck machende Theilung der Strafübel in Viertheile u. s. w.; daher die so oft genomene Rück-

sicht auf den Schaden und Nachtheil, der durch das Verbrechen in concreto gestiftet werde; daher jene empörende Erlaubniß für den Dürftigen, auf ein Vierteljahr sich vorzustehlen; daher die öfters vorkommenden Ausdrücke: nach Beschaffenheit der Umstände, nach Ermessen des Richters u. s. w.

VI. Das Prinzip aller Strafbarkeit der Handlungen im Staate ist

1) für die Gesetzgebung, daß nur Handlungen als Verbrechen gestempelt werden, die wirklich rechtswidrig sind, die die rechtliche Ordnung der Dinge umkehren, die Rechte des Staates oder der Staatsbürger wirklich verletzen. Da, wo dem Staate oder dessen Bürgern kein Recht geraubt wird, da, wo die öffentliche Sicherheit (dessen Erhaltung das einzige Ziel alles Thuns der Staatsgewalt ist) nicht beein-

trächtigt wird, da hören alle Funktionen der Strafgesetzgebung auf.

Da, wo es blos um Meinungen, Gesinnungen, Gefühle zu thun ist, da, wo blos Verletzungen der Gesetze der Sittlichkeit, oder Verletzungen der Gebote des Willens der Gottheit zur Sprache kommen, da ist die Gränze für die Wirksamkeit des Staatsgesetzgebers.

Das ganze Wirken der Straflegislation concentrirt sich also darin:

a) daß jede Handlung als Verbrechen in abstracto erklärt werde, die vor dem Tribunal der allgemeinen Gesetzgeberinn Vernunft als solches erkannt wird;

b) daß keine Handlung als Verbrechen erklärt werde, die von der Vernunft nicht als solches erkannt wird;

c) daß die Merkmale, die das Verbrechen constituiren, genau ange-

geben, und nach ihrer Wichtigkeit umständlich gewürdigt werden;

d) und daß endlich ieder als Verbrechen erklärten Handlung ihre Strafe, auf die der Richter beim Eintreten der Totalität ihrer Merkmale zu erkennen hat, genau festgesetzt, und zugleich der Maasstab der richterlichen Milde- rung beim Nichteintreten aller Bedingungen angegeben, oder daß (bei unbestimmten Strafgesetzen) die Grundsätze genau bestimmt werden, welche der richterlichen Beurtheilung zur Norm dienen sollen.

2) Für den Richter --

a) bei bestimmten Strafgesetzen

1) daß er untersuche,

a) ob in dem gegebenen concreten Falle jene Merkmale vollständig vorhanden seyen, die das Gesetz bestimmt,

b) ob der Thäter mit Verstandesfähigkeiten gehandelt habe, d. i. ob er das verbotende Gesetz kannte, ob er sein Faktum unter dasselbe subsumiren konnte, und ob nicht äußerliche Gewalt zur That ihn physisch bestimmte:

2) daß er dann ausspreche, die in abstracto als Verbrechen erklärte Handlung sey wirklich vorhanden, und die Strafe, als rechtliche Folge, müsse eintreten, oder es fehle dieses oder ienes von den im Gesetze bestimmten Merkmalen, es müsse also die Strafe in dem correspondirenden Grade geringer seyn, oder das Faktum sey gar nicht vorhanden, oder (was dasselbe ist) nicht erwiesen, die Strafe könne also nicht eintreten.

b) bei unbestimmten Strafgesetzen (die immer nur in Hinsicht der Strafe, nie in Hinsicht des

Verbrechens selbst, unbestimmt seyn können) steht dem Richter die nämliche faktische Untersuchung zu; der Ausspruch aber, welches Strafübel statt finden müsse, hängt von seiner eignen Beurtheilung ab, die immer nach den allgemeinen vom Gesetzgeber aufgestellten, nicht aus der Philosophie des Richters hergeholten, Grundsätzen der Strafbarkeit geschehen muß. Der einzige Gesichtspunkt, von welchem er hier auszugehen hat, ist: „welche Strafe würde der Gesetzgeber bestimmt haben, hätte er dieses specielle Verbrechen, so wie es unter den vorliegenden individuellen Bestimmungen gegeben ist, mit einer bestimmten Strafe belegen wollen?“

VII. Der mögliche Gebrauch von der Freiheit auf dem Felde des Criminalrechts ist

a) nur ein negativer, d. h. nur von iuridischer Freiheit kann die Rede seyn;

b) unmöglich ist, den Gebrauch der eigentlich sogenannten moralischen oder praktischen Freiheit hier einzuführen.

Ad a) Ohne das Vermögen, gesetzlich seyn zu können, giebt es keine Nothwendigkeit, gesetzlich seyn zu müssen. Ohne Freiheit ist die Verbindlichkeit zur Legalität ebenso eine Chimäre, ein Widerspruch mit der menschlichen Natur, wie die Verbindlichkeit zur Moralität. Auch in der äußern Gesetzgebung ist es unmöglich, den Menschen bloß als Thier zu behandeln, und ihn als ein Wesen zu betrachten, das nur durch thierischen Mechanismus regiert werde; und da der Richter jede Handlung als Produkt der physischen Noth-

wendigkeit erklären müßte, und von keinem Thäter zeigen könnte, er habe die That unterlassen können; so würde nothwendig aller Begriff von Schuld, von Zurechnung gänzlich wegfallen.

Zwei Punkte bitte ich aber hier nicht zu übersehen:

1) Nicht auf das Strafgesetz, als solches, sondern auf das Rechtsgesetz bezieht sich unmittelbar der Gebrauch der Freiheit, d. h. die begangne, obiectiv rechtswidrige Handlung kann nur in so ferne dem Thäter zugerechnet werden, als ihm die Unterlassung derselben, und die Beobachtung des verbietenden Rechtsgesetzes möglich war. Das Strafgesetz, als solches, gebietet blos die nothwendige Verbindung zwischen Verbrechen und Strafe; es hat keine Beziehung auf das Begehrungsvermögen; der Charakter der Freiheit verschwindet

hier völlig; und es gilt der Satz: im Strafrechte, als solchem, herrscht bloß Naturnothwendigkeit. c)

2.) Es giebt keine Grade von dieser Freiheit, keine Beurtheilung, ob sie sich mehr oder weniger geäußert habe. Sie ist entweder ganz da, oder gar nicht da; eine dritte Bestimmung giebt es nicht. Sie unterdrückt entweder die Naturnothwendigkeit, oder sie wird von dieser unterdrückt.

Ad b.) Moralische Freiheit, d. i. Unabhängigkeit von bloß sinnlichen Motiven, und Vermögen, das Gute zu wollen aus reiner Achtung für das Gute, kann bei einer rechtlichen Beurtheilung von Handlungen nicht zur Sprache kommen, d. h. es kann nie untersucht werden, ob der Mensch aus Freiheit gehandelt habe?

c) Turin a. a. O. S. 319.

Freiheit in dieser Hinsicht ist die praktische Vernunft, der reine Wille, das Gute zu wollen, weil es gut ist; und von einer Aeufserung der Freiheit gegen das Gute, d. h. zum Bösen kann die Rede nie seyn. d) Alle gesetzwidrigen Handlungen haben ihren Grund nicht in der Aeufserung der Freiheit, sondern in der Nichtäufserung derselben; und die Behauptung: der Delinquent hat aus Freiheit das Verbrechen begangen, -- würde auslagen: der Delinquent hat ohne Einfluß von Naturursachen, ohne auf Beweggründe zu achten, aus einem innerlichen, schlechterdings unerklärbaren Grunde zur rechtswidrigen That sich bestimmt; Er wollte die Rechtsverletzung, weil er sie wollte! Kann wohl der Mensch so handeln?

Dazu kömmt noch, daß diese Freiheit ein Absolutum, ein Gegenstand der über-

d) Kants Rechtslehre -- Königsberg, 1797.
Einleitung S. XXVII.

sinnlichen Welt ist, daß sie nicht in das Gebiet der Anschauung fällt, also auch gar keinen äußern Erkenntnißgrund hat; sondern in der innern verborgenen Gesinnung des Menschen sich verliert. Sie ist nichts, als eine (ob schon nothwendige) Voraussetzung um des moralischen Interesse willen, welche theoretisch ganz ohne Bedeutung ist, und nur den Menschen als Nuomenon (in so ferne er ein ganz unbekanntes Ding an sich ist) bezeichnet.

VIII. Dem Richter die Befugniss ertheilen, wegen verringerten oder vergrößerten Grades der Strafbarkeit der Handlungen in concreto die im Gesetz genau bestimmte Strafe zu mildern oder zu schärfen, heißt Recht und Gerechtigkeit verwirren, und den Codex zum bloßen Spielballe der richterlichen Willkür machen.

So ein Aftermilderungsrecht widerspricht dem Begriffe eines bestimmten Strafgesetzes, und dem Wesen der richterlichen Gewalt; alles Strafen wäre Werk des Zufalls und des blinden Herumtappens; und der Richter könnte jedes Gesetz auf gerathewohl anwenden, oder auf gutes Glück mit Füßen treten. Bei der unendlich langen Scala von verschiedenen Graden des zurechnungsfähigen Vorfazes, bei der unendlichen Verschiedenheit der Verbindungen, der Reize, der Umstände u. s. w., wie leicht müßte es seyn, den größten Schurken zu rechtfertigen, und den Schuldlosten dem Tode Preis zu geben! Der einzige und absolute Grund des richterlichen Urtheils kann nur in dem Gesetze liegen, d. i.

1) alle Bedingungen des bestimmten Strafgesetzes sind gleich der bestimmten Strafe, ohne alle Rücksicht, ob etwa gerin-

geringerer Dolus in concreto vorhanden sey, als den der Gesetzgeber zum Augenmerke sich genommen haben mag.

2) Negation oder Unerweisbarkeit aller Bedingungen des Strafgesetzes ist gleich der Negation der Strafe.

3) Mangel oder Unvollzähligkeit der Bedingungen des Strafgesetzes ist einem geringern Grade der Strafe gleich, als derienige ist, den das Strafgesetz nur auf die Totalität der Bedingungen gesetzt hat. Mag der Grad der Gefahr in concreto noch so groß, oder noch so gering seyn, -- mag Liebe oder Haß, Neid, Zorn, Rachsucht, oder was immer für eine Leidenschaft zum Verbrechen bestimmt haben, -- mag die Absicht des Thäters noch so gut gewesen seyn; die Handlung steht unter dem Gesetze, der gesetzliche Begriff paßt auf

lie; und der Richter spricht das in seinem Urtheile aus. „Nam facti quidem quaestio in arbitrio est iudicantis, poenae vero persecutio non ejus voluntati mandatur, sed legis auctoritati reservatur.“ f)

Findet der Richter, daß die gesetzliche Strafe für den vorliegenden Fall (der aber unter dem Gesetze enthalten ist) offenbar zu unproportionirt, zu grausam wäre; so ist ihm nichts übrig, als an den Gesetzgeber oder an die Gesetzcommission zu berichten, und das weitere zu erwarten. Der Richter, der hier eigenmächtig handelt, mißst sich die gesetzgebende Gewalt an, begünstigt die Verbrechen, und verletzt seine Amtspflichten, die ihm das Geschäft auflegen, den Untersatz zum Obersatze des Gesetzes zu finden, und die rechtliche Folge, die sich von selbst ergiebt, nur auszusprechen.

f) l. 1. ff. ad SCtum Turpil.

VIII. Bei unbestimmten Strafgesetzen vertritt der Richter zugleich die Stelle des Gesetzgebers; er hat nicht blos den Untersatz zu suchen, sondern den Obersatz selbst nach den allgemeinen Grundsätzen des Gesetzbuches aufzustellen.

Vorzüglich hat er hier auf die Grade der objectiven Strafbarkeit Rücksicht zu nehmen, d. h. je wichtiger das durch die Handlung verletzte Recht ist, und je mehrere Rechte durch die Handlung verletzt werden, desto grösser ist die Strafbarkeit derselben.

Es kann aber die Wichtigkeit der Rechte nicht nach deren pathologischem Werthe, nicht nach dem praktischen Werthe, sondern blos nach der Nothwendigkeit zur Behauptung des Rechtes der Freiheit beurtheilt werden. Auch kann nicht mit Feuerbach die Gefahr, die aus der Handlung für den rechtlichen Zustand

entspringt, als Norme aufgestellt werden, theils weil die Gefahr schon etwas voraussetzt, nach welchem sie bestimmt wird, theils weil die Strafe schlechterdings in keiner Rücksicht auf die Zukunft berechnet seyn kann, sondern blos und einzig kategorisch diktirt werden muß, weil das Verbrechen, das mit der Behauptung der Freiheit der Bürger unvereinbar ist, begangen worden ist.

Auf subiective Gründe der relativen Strafbarkeit kann vom Richter keine Rücksicht genommen werden. Die Annahme von subiectiven Gründen hebt den obiectiven Maassstab für die Gründe der Strafbarkeit völlig auf; wenigstens ist es bloßer Zufall, wenn beide Gesichtspunkte zu gleichen Resultaten führen. Hat nur der Thäter die rechtswidrige Handlung unterlassen können, der Richter hat sich darum nicht zu kümmern, warum derselbe sie doch nicht unterlassen

hat, um so weniger, da eine solche Anatomie der Seele, wie sie bei Anwendung eines subjectiven Maassstabes vorausgesetzt werden müßte, eine baare Unmöglichkeit ist, und da selbst der erfahrenste Psycholog den individuellen Zustand eines Subjects nie genau aufzudecken vermag. Höchstens kann der Richter sagen: der Verbrecher handelte aus diesen oder jenen Antrieben u. s. w. Wie stark, wie heftig, wie incorrigibel u. s. w. sie waren, dafür hat er keinen Maassstab, also kein Prinzip, die Grösse des anzuwendenden Strafübels zu bestimmen. g)

Es ist also widersinnig, zu behaupten, Gewohnheit vergrösere oder vermindere die Strafbarkeit der Handlungen, schlechte Erziehung, Stumpfheit der Geisteskräfte

g) Leipziger Jahrbuch der neuesten Litteratur.

Jahrgang 1802. Monat Jänner. S. 21. 22. 23.

u. folg. und Thibaut Beiträge u. s. w.

S. 78. u. folg.

vergrößere, oder (nach Grolman, Kleinschrod u. f. w.) verringere die Strafbarkeit. Der Verbrecher aus Gewohnheit, der Verbrecher von schlechter Erziehung darf weder gelinder noch härter bestraft werden. Das verletzte Recht giebt den einzig giltigen Maassstab für die Strafbarkeit, und die ganze Lehre von den Gründen der subiectiven Strafbarkeit selbst bei unbestimmten Strafgesetzen concentrirt sich darin: die That war absichtlich oder nicht.

Im zweiten Falle

1) muß eine geringere Strafe eintreten, als im ersten. Denn der Delinquent wollte diese That nicht, er verdient also die Strafe nicht, die in der Regel rechtliche Folge von dieser That ist. Einleuchtend ist es übrigens, daß jede objectiv rechtswidrige Handlung als subiectiv rechtswidrig, jede subiectiv rechtswidrige Handlung als absichtlich präsumirt werden muß, und daß sonach

der Delinquent zu beweisen hat, er habe nicht absichtlich gehandelt.

2) Je geringer das Versehen ist, dessen sich Iemand schuldig gemacht hat, desto gelinder muß nothwendig die Strafe seyn, welche überhaupt in genauem Verhältnisse mit dem Verbrechen zu stehen hat.

Im ersten Falle

kann überhaupt nur das klare und deutliche Bewußtseyn zur Sprache kommen, mit welchem der Verbrecher handelte oder nicht handelte. Hatte der Thäter das Bewußtseyn des Unterschiedes der Handlung von ieder andrer, und war er zugleich der Gründe seines Handelns sich bewußt, so ist volle Verstandesthätigkeit da, und diese Verstandesthätigkeit, die die That als eine mit dem Bewußtseyn des Wollens begangene charakterisirt, macht das Verbrechen zu dem, was es dem verletzten Rechte

nach ist. Das Daseyn dieser Thätigkeit, dieses Bewusstseyns läßt sich beurtheilen aus den zweckmäßigen Vorbereitungen, die Iemand zur Ausübung trifft, aus dem Gebrauche der Mittel, die er anwandte, aus den Hindernissen, die er zu entfernen hatte u. s. w. Ist nun aber diese Verstandesthätigkeit nicht da, so hat zwar der Richter eine etwas geringere Strafe zu diktiren; (von Milderung kann bei einem unbestimmten Strafgesetze die Rede nicht seyn) allein dieses etwas muß so wenig seyn, als möglich ist, weil sonst der Gerechtigkeit, die das verletzte Recht zum Maassstabe macht, nicht Genüge geschehen würde. Verläßt man diese einfache, rechtliche Ansicht der Dinge, so hebt man den objectiven Maassstab zur Beurtheilung der Handlungen gänzlich auf, und man legt dem Richter die Pflicht auf, den ganzen Calcul, den er über

die objective Strafbarkeit eines Verbrechens gemacht hat, wieder über den Haufen zu werfen, und die geringste Verletzung, wenn sie etwa in einer heftigen Neigung, oder in einer eingewurzelten Triebfeder ihren Grund hatte, mit einer harten Strafe zu belegen.

X. Endlich wenn dringender Verdacht eines begangnen Verbrechens gegen Iemanden obwaltet, wenn alle Wahrscheinlichkeit gegen ihn ist, wenn seine Unschuld nur mehr möglich bleibt? Einleuchtend ist's, daß in diesem Falle keine Strafe, weder eine ordentliche, noch eine außerordentliche, verfügt werden könne, und dem Richter, als solchem, bleibt wohl nichts anders übrig, als den Inquisiten von der Instanz loszusprechen. Allein, können nicht von der höhern Staatsgewalt Sicherheitsmittel gegen den Verdächtigen angewendet werden?

Einerseits hat der Staat das Recht und die Verbindlichkeit, alle möglichen Mittel anzuwenden, wodurch eine augenscheinliche Gefahr für die Sicherheit des gemeinen Wesens abgetrieben werden kann. Wegen den Folgen der Nachlässigkeit macht die Staatsgewalt gegen die Bürger sich verantwortlich; sie leistet den Bedingungen kein Genüge, unter welchen die Bürger ihr Rechte über sich eingeräumt haben.

Andrerseits kömmt dem Staate kein Recht zu, Einzelnen ein unverdientes Uebel zuzufügen; und die Rechte eines jeden Bürgers müssen so lange von der Staatsgewalt geschützt werden, als derselbe durch kein Verbrechen den Verlust eines Rechts als verschuldetes Uebel sich zugezogen hat.

Dass die Oberpolizeigewalt Sicherheitsmittel anzuwenden befugt sey, wodurch die dem rechtlichen Zustande drohende

Gefahr abgewendet werden kann, ist wohl nach dem ersten Saze keinem Zweifel unterworfen. Der Staat darf sich verschanzen, darf Wälle aufwerfen, damit der wahrscheinliche Feind nicht zu Schaden vermögend sey; auch kann aus dem Vermögen des Verdächtigen Sicherheitsleistung gefodert, er selbst kann einer besondern Polizeiaufsicht unterworfen werden. Allein, kann auch Gewalt gegen ihn statt finden? kann seine Freiheit ihm auf irgend eine Art eingeschränkt werden?

Es heist alle Schranken des Rechts und der Gerechtigkeit überschreiten, und die Willkür an die Stelle des Rechts setzen, wenn man Bürgern ihre Rechte raubt, weil sie, -- sey auch der Grad der Wahrscheinlichkeit noch so groß, -- vielleicht ein Verbrechen begangen haben. Was vielleicht ist, ist vielleicht nicht; und der größte Grad von Wahrscheinlichkeit giebt nur ein wahrscheinliches Recht; und ein

wahrscheinliches Recht, Iemandem Rechte zu rauben, ist gewisses Unrecht. Man hat die Folter als ungerecht zu verbannen gesucht, man hat aber ein eben so schreckliches Uebel an ihre Stelle zu setzen sich bemüht; das doch die Menschen das, was unrecht ist, allgemein als solches erkennen möchten! Das doch Asträa auf die Erde wiederkehre, die sie vor Unwillen und Entsetzen über die zahllosen Anomalien, deren die Menschen theils aus Gewohnheit, theils aus bösem Willen, theils aus Eigennuz, theils endlich aus Unwissenheit sich schuldig gemacht haben, verlassen hat!

Allein, wenn der Thatbestand völlig erwiesen ist, wenn der dringendste Verdacht gegen ein bestimmtes Subiect obwaltet, wenn der Richter selbst volle subjective Ueberzeugung hat, wenn die Beforgniß vor der drohenden Gefahr schlechterdings auf eine andere Art nicht gehö-

ben werden kann, wenn der Verdächtige ganz erwiesnermaßen eine Person ist, von welcher sich so etwas allerdings erwarten läßt; sollte auch in diesem Falle nicht Einschränkung der Freiheit desselben auf einige Zeit statt finden? Sollte man nicht von jedem Bürger mit Fug annehmen können, daß er zur Aufrechthaltung der allgemeinen Sicherheit ein Theilchen von seiner Rechtsphäre abtreten werde?

Bedient sich nicht der Staat wirklich dieses Nothrechtes, wenn er den Verdächtigen einzieht, um über das Verbrechen vollends gehörig untersuchen zu können? Allein, wo ist dann die Gränze? Wie weit darf gegangen werden? Wo muß alles Wirken des Staats diessfalls aufhören?

Es ist diess gewiß der schwierigste Punkt auf dem Felde des peinlichen Rechts, und selbst im Archiv des Criminalrechts ist die Schwierigkeit nach mei-

ner Ueberzeugung nicht ganz hinreichend gehoben worden.

Durch weise Polizeianstalten, und vorzüglich durch Sorge für gute Erziehung wird dieses Uebel am leichtesten getilgt; die Quellen der Verbrechen werden dadurch verstopft, und den mancherlei Vorurtheilen, die noch so großen Ruin stiften, wird entgegengearbeitet. Der Staat forge dafür, daß die Leidenschaften seiner Bürger die gehörige Richtung erhalten! Ohne sie ist keine Thätigkeit, keine große Handlung, kein Schwung des Geistes; allein, leicht arten sie aus, und sind dann ein Strom, der alles überschwemmt. Jedem Bürger werde seine bestimmte Arbeit, sein bestimmter Wirkungskreis angewiesen! Alle Veranlassung zu verderblichen Handlungen wird dadurch entfernt, und die Kräfte des Staats werden concentrirt und in Harmonie gebracht.

Das natürliche Band gegenseitiger Bedürfnisse werde fester geknüpft, und vorzüglich werde den Mißbräuchen der Großen und Mächtigen gesteuert, welche, um ihre in's Unendliche gehende Bedürfnisse zu befriedigen, nicht allein viele, viele andere Menschen in Bewegung setzen, sondern auch die Früchte des fremden Fleißes sorgenlos genießen können, während die Unglücklichen, mit deren Schweiß jene ihre Ausschweifungen erkaufen, in der äußersten Dürftigkeit schmachten, und keinen andern Lohn für ihre Dienste erwarten dürfen, als den es der Härte ihrer unmen schlichen Tyrannen ihnen mehr aus Gnade, als aus Pflicht zu reichen beliebt! Ueberhaupt werden jene Anomalien getilgt, die so häufig unsre Gesetzgebung im hohen Grade entstellen!

Dann erst, wenn alles gethan ist, um die Herrschaft des Verbrechens zu tilgen, und alle Veranlassung zur Wiedereinfüh-

rung derselben zu hindern, dann erst lassen die Grenzen der Strafgesetzgebung sich vollständig bestimmen; und wenn die Gesetze gerecht und weise, die Strafen gerecht und menschlich, wenn die Regenten blos die Organe der Vernunft, und ihre Diener die Vollzieher der Ausprüche dieser seyn werden, dann erst kann die Menschheit vollends sich gute Tage versprechen.

Dank dem wohlthätigen Geist der Zeit, der endlich die Idee niedergedrückt hat, als könne das Wohl der bürgerlichen Gesellschaft nur durch Leiden, nur durch Aufopferung des Wohls Einzelner erhalten werden!

Stürzer, Joseph

Ueber den Zustand des Criminalwesens in Teutschland am Anfange des 19.
Jahrhunderts

Landshut 1803

Crim. 130#Beibd.2

urn:nbn:de:bvb:12-bsb10394547-1